

Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit: Ergebnisse aus der Experimentalökonomik

Das ZeS hat „Nachwuchs“ bekommen. Zum 1. Oktober 2009 hat Professor Dr. Stefan Traub die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des ZeS übernommen und ist mit seinem Team in den Barkhof eingezogen. Künftig wird sich Stefan Traub die Abteilungsleitung mit der neu zu besetzenden Professur für Politische Ökonomie teilen. Seit 3 Jahren hat er den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen inne. Zuvor hat er sich am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Christian-Albrechts-Universität Kiel für das Fach Volkswirtschaftslehre habilitiert und einige Lehrstuhlvertretungen übernommen. Ein Schwerpunkt seiner Forschung ist die Experimentalökonomik und hier die experimentelle Verteilungsforschung. Im Folgenden berichtet der Ökonom über einige seiner Forschungsergebnisse und gibt einen Ausblick über künftige Vorhaben.

Die normative Sichtweise

Aus ökonomischer Sicht lassen sich staatliche, auf Zwang beruhende Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen u.a. mit Verteilungsversagen

begründen. Das Marktergebnis, also die Verteilung der Einkommen ausschließlich nach Leistungsfähigkeit, wird gesellschaftlich als ungerecht empfunden, weil es nicht nur aufgrund unterschiedlicher Leistungen, sondern auch aufgrund von unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen und Zufällen zustande kommt. Ein behinderter Mensch oder eine alleinerziehende Mutter erzielen ein zu geringes Markteinkommen, um ein menschenwürdiges Leben in der Gesellschaft zu führen; beide haben auch nicht die Möglichkeit, selbst Vorsorge für Lebensrisiken wie Krankheit und Altersarmut zu treffen. Die paretianische Wohlfahrtsökonomik, die anstelle von Markteingriffen, wie Abgaben und Steuern, eine Umverteilung der „Anfangsausstattungen“ (zum Beispiel der Fähigkeiten und des Anfangsbestandes des Sachkapitals) der Wirtschaftssubjekte empfehlen würde, ist bekanntermaßen nicht praxistauglich. Sozialpolitik dient nach dieser Interpretation also dem Ausgleich

Editorial

Das Jahr 2009 bietet wahrhaft viele Anlässe zum feierlichen Gedenken und gerade in den letzten Wochen und Monaten reihte sich ein wichtiger Termin an den nächsten. Auch bei uns gibt es allen Grund zum Erinnern: 2009 jährt sich nicht nur die Wende zum zwanzigsten Mal, sondern auch die Gründung des Zentrums für Sozialpolitik. Der Bielefelder Sozialpolitikforscher Franz-Xaver Kaufmann, mit der Entwicklung des ZeS als „teilnehmender Beobachter“ bestens vertraut, würdigte diese (Erfolgs-)Geschichte bei den Feierlichkeiten im Bremer Rathaus mit einer an historischen Details und offenen Worten gleichermaßen reichen Rede. Das wollten wir Ihnen nicht vorenthalten.

Die guten Seiten zeigen sich aber nicht nur im Rückblick, auch aus der Gegenwart und für die Zukunft des ZeS konnten in den letzten Monaten wichtige Meldungen verzeichnet werden. Dazu zählt die lange fällige Neubesetzung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung: Mit Professor Dr. Stefan Traub, der einen der beiden vakanten Leitungsposten übernehmen wird, wurde dafür ein volkswirtschaftlich kompetenter und innovativ arbeitender Ökonom gewonnen. Im Leitartikel dieses Reports gibt er Einblicke in einen seiner Arbeitsschwerpunkte, die experimentelle Verteilungsforschung, in der u.a. die Grundlagen der Bewertung von Einkommensverteilungen durch soziale Wohlfahrtsfunktionen mit Hilfe von kontrollierten Laborexperimenten getestet werden.

In eigener Sache: Gisela Hege-mann-Mahlting und ihr Team haben in langjähriger und fruchtbarer Arbeit für den ZeS report hohe Maßstäbe gesetzt, wofür ihnen auch hier noch einmal gedankt sei. Ich hoffe, dem als neuer Forschungsordinator gerecht werden zu können.

Christian Peters

Aus dem Inhalt

- Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit: Ergebnisse aus der Experimentalökonomie..... 1
- Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen:
In 20 Jahren an die wissenschaftliche Spitze 7
- Berichte 12
 - Tagungen 15
 - Projekte 18
 - Personalia 23
- Ankündigungen 25
 - Tagungen 25
 - Gesundheitspolitisches Kolloquium..... 25
 - Veröffentlichungen 26
 - Neuerscheinungen 26
- Arbeitspapiere 28

ungerechtfertigter Unterschiede der Einkommen und Chancen.

Welche Ungleichheiten sind aber gerechtfertigt und welche nicht? Einen allgemein anerkannten Maßstab der Gerechtigkeit gibt es nicht. Der wohl bekannteste und in der empirischen Forschung am stärksten verbreitete normative Ansatz zur Messung von Ungleichheit ist das Lorenzsche Axiomensystem, das auf den drei Axiomen Transferprinzip, Skaleninvarianz und Bevölkerungsprinzip beruht. Die Lorenzkurve zeigt die Konzentration der Einkommen auf die verschiedenen Bevölkerungsteile an. Liegt die Lorenzkurve von Gesellschaft A oberhalb der Lorenzkurve von Gesellschaft B, dann ist das Einkommen in Gesellschaft A gleichmäßiger bzw. gerechter verteilt als in B. Das bekannte Atkinson-Theorem (Atkinson 1970) zeigt, dass die Lorenzkurve normative Signifikanz hat, die Lorenzordnung also äquivalent zu einer utilitaristischen, sozialen Wohlfahrtsfunktion ist, die streng monoton steigend und konkav im individuellen Nutzen des Einkommens ist.¹ Mit anderen Worten: Die Wohlfahrt einer Gesellschaft ist gleich dem durchschnittlichen bzw. erwarteten Nutzen einer Person, die in diese Gesellschaft hineingeboren wird.

Nach Harsanyi (1953, 1955) Impartial-Observer-Theorem wird eine Person, die unter dem Schleier der Ungewissheit über die zukünftige Einkommensverteilung zu entscheiden hat (d.h. ohne Kenntnis der eigenen Position), genau diesen Erwartungsnutzen maximieren und somit ihre „reine“ – völlig unparteiische – Gerechtigkeitspräferenz offenbaren. Offensichtlich gibt es nun zwei Möglichkeiten, die Wohlfahrt der Gesellschaft zu steigern: Entweder man erhöht das Durchschnittseinkommen, also die Effizienz, oder man verteilt von „oben“ nach „unten“ um (progressiver Transfer). Letztere Maßnahme erhöht die Wohlfahrt deswegen, weil sie die Gerechtigkeit vergrößert, denn aufgrund der Konkavität der sozialen Wohlfahrtsfunktion genießen ärmere Personen ein höheres soziales Gewicht als reichere. Im Extremfall ist die Ungleichheitsaversion unendlich groß und alle Einkommenszuwächse kommen allein den Ärmsten der Gesellschaft zu Gute; dies ist die Rawlsianische Leximin-Gerechtigkeit (Rawls

1971), die allerdings gerade auf nicht-utilitaristischen Argumenten fußt.

Die empirische Sichtweise

Obwohl Normen, also Werturteile, an sich nicht falsifizierbar sind, so gibt es doch zahlreiche Angriffspunkte gegen das oben entworfene Theoriegebäude zur Messung von Gerechtigkeit. Im Folgenden werde ich die Kritikpunkte herausgreifen, die motivierend für meine eigenen Forschungsarbeiten sind. Zunächst einmal ist das Lorenzsche Axiomensystem nicht unumstritten. Amiel und Cowell (1999) haben in einer Serie von Fragebogen-Experimenten die wichtigsten Axiome der Ungleichheitsmessung auf ihre empirische Akzeptanz hin überprüft. Studenten erhielten verbale Beschreibungen des Transferprinzips, das besagt, dass die soziale Ungleichheit im Fall eines progressiven Transfers (von reich zu arm) sinkt, sowie einige numerische Beispiele, in denen sich die Versuchspersonen für eine von mehreren Einkommensverteilungen entscheiden sollten.

Immerhin 60% aller Studenten stimmten dem Transferprinzip zu; andererseits gaben 24% an, das Prinzip strikt abzulehnen. Noch extremer fiel das Resultat für die numerischen Beispiele aus, in denen nur 35% der Versuchspersonen ihre bevorzugten Einkommensverteilungen in Übereinstimmung mit dem Transferprinzip festlegten. Selbst ein so harmlos klingendes Prinzip wie Skaleninvarianz, das lediglich Unabhängigkeit von der Messeinheit fordert und somit die Lorenzkurve zu einem relativen Ungleichheitsmaß macht, erreichte kaum mehr als 50% Zustimmung. Am besten schnitt noch das Bevölkerungsprinzip mit 66% verbaler und 58% numerischer Zustimmung ab. Das Bevölkerungsprinzip legt fest, dass ceteris paribus eine Vervielfachung der Bevölkerung die Ungleichheit unverändert lässt, weshalb das Axiom auch Replikationsinvarianz genannt wird. Zahlreiche ähnliche Untersuchungen stützen die Ergebnisse von Amiel und Cowell.

Wer ist die Schönste im ganzen Land?

Bedeutet derartige Ergebnisse, dass man sich in der empirischen Ungleichheitsforschung von Lorenzkurven und den daraus abgeleiteten Gini-Koeffizienten verabschieden sollte? Solange ein Forscher die mit der Verwendung seiner Messzahlen verbundenen Werturteile und Schwächen offen legt,

wohl kaum; es sind allerdings nicht unbedingt die Werturteile, die die Mehrheit der Bevölkerung teilen würde. So würde es durchaus Sinn machen, einmal eine Art „Schönheitswettbewerb“ von sozialen Wohlfahrtsfunktionen durchzuführen, um mehr über die tatsächlichen Gerechtigkeitspräferenzen der Bevölkerung zu erfahren. Dies war auch die Motivation eines ökonomischen Laborexperimentes, das ich gemeinsam mit Christian Seidl, Ulrich Schmidt und Maria Vittoria Levati vor einigen Jahren in Kiel durchgeführt habe (Traub et al. 2005). Gruppen von Versuchspersonen (Studenten) wurden verschiedene, auf Pappsteifen, aufgedruckte hypothetische Einkommensverteilungen präsentiert. Aufgabe der Versuchspersonen war, die Einkommensverteilungen in die von ihnen präferierte Reihenfolge zu bringen. Es wurden verschiedene Risikoszenarien und Entscheidungsmodi unterschieden. Den Versuchspersonen wurde erklärt, dass am Ende des Experiments die präferierten Einkommensverteilungen über ein Losverfahren tatsächlich ausgezahlt werden würden, die Auszahlungsmodalitäten unterschieden sich aber zwischen den Versuchsaufbauten (Treatments). Immerhin konnten die Studenten so bis zu 125 € gewinnen. Im Durchschnitt wurden etwas mehr als 17 € pro Teilnehmer ausgezahlt.

Aus den aus der Literatur bekannten sozialen Wohlfahrtsfunktionen lassen sich für die im Experiment verwendeten Einkommensverteilungen jeweils klare Rangordnungen berechnen. Für parametrische Funktionen gilt es entsprechend, mehrere mögliche Rangordnungen zu berücksichtigen. Eine Versuchsperson, die zum Beispiel dem Lorenzschon Axiomensystem und damit dem Erwartungsnutzen zuneigt, sollte also eine sehr hohe Korrelation ihrer im Experiment festgelegten Rangordnung mit der theoretischen Rangordnung einer utilitaristischen, sozialen Wohlfahrtsfunktion haben.

In Tabelle 1 ist als typisches Beispiel das Ergebnis für das Szenario, das Risiko und Eigennutz einschließt, angegeben. Hier waren den Versuchspersonen die Wahrscheinlichkeiten der verschiedenen Einkommenspositionen bekannt, und sie wurden später selbst Mitglied der Gesellschaft. (Sie bekamen eine Auszahlung). Die Tabelle gibt die getesteten sozialen Wohlfahrtsfunktionen an und wie hoch im Durchschnitt die Rangkorrelation der individuellen Rangordnungen mit

¹ Shorrocks (1983) hat das Atkinson-Theorem auf Fälle mit unterschiedlichen Durchschnittseinkommen (verallgemeinerte Lorenzkurven) erweitert.

Tabelle 1: Ein „Schönheitswettbewerb“ von sozialen Wohlfahrtsfunktionen

Soziale Wohlfahrtsfunktion	Mittlere Rangkorrelation
Erwartungsnutzen/Utilitarismus	0.5203
Randomisierungspräferenz	0.5195
Entropie	0.4939
TAX-Modell	0.4939
Boulding	0.3743
Cobb-Douglas	0.3418
Leximin	0.3418
Gini	0.3033
Leximax	0.3033

den entsprechenden theoretischen Rangordnungen der Wohlfahrtsfunktionen war. Überraschendes Ergebnis: Der Erwartungsnutzen, also Harsanyis eben noch gescholtene utilitaristische Wohlfahrtsfunktion, hat den „Schönheitswettbewerb“ gewonnen! Dicht gefolgt wurde der Sieger allerdings von der Randomisierungspräferenz, auf die gleich noch ausführlich eingegangen wird. Im Mittelfeld findet sich die Bouldingsche soziale Wohlfahrtsfunktion, ein Hybrid aus Erwartungsnutzen und Leximin.² So bekannte soziale Wohlfahrtsfunktionen wie Cobb-Douglas, Rawls'-Leximin-Gerechtigkeit, Gini und Leximax bildeten die Schlussgruppe. Auch bei Betrachtung der individuell am besten passenden sozialen Wohlfahrtsfunktionen lag der Erwartungsnutzen mit 28% ganz vorne. Die Randomisierungspräferenz erreichte immerhin 20%.

Randomisierungspräferenzen

Interessant ist, dass Erwartungsnutzen und Randomisierungspräferenz ähnlich gut abschnitten, obwohl sie sich im Prinzip gegenseitig ausschließen. Dazu sei ein von Diamond (1967) adaptiertes Beispiel gegeben: Angenommen, Sie hätten eine Einheit eines unteilbaren Gutes (z.B. eine Münze) zwischen zwei identischen Personen aufzuteilen (z.B. Ihren Zwillingstöchtern Anna und Berta). Somit könnten Sie die Münze entweder Anna oder Berta geben, aber nicht beiden. Da beide identisch sind, sind Sie nach der Erwartungsnutzentheorie indifferent zwischen Anna und Berta.

Nicht nur das, Sie sollten auch indifferent zwischen jeder Prozedur sein, die mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit Anna und mit der entsprechenden Gegenwahrscheinlichkeit Berta die Münze zuordnet und einer Prozedur, die entweder Anna oder Berta die Münze mit Sicherheit zuordnet. Vermutlich wird aber jeder soziale Planer, insbesondere aber der Vater (oder die Mutter) zweier heranwachsender Zwillingstöchter, die sehr ungerecht wirkende direkte Vergabe entweder an Anna oder Berta vermeiden wollen. Lieber wird er den Zufall entscheiden lassen, indem er die Münze wirft und diese bei „Kopf“ an Anna und bei „Zahl“ an Berta übergibt. Diese Randomisierungspräferenz verletzt aber die so genannten Betweenness-Eigenschaft des Unabhängigkeitsaxioms (Chew 1999), dem zentralen Axiom der Erwartungsnutzentheorie.³

Ist also Ungleichheit etwas anderes als Risiko und werden im Gegensatz zum Impartial-Observer-Theorem Einkommensverteilungen anders wahrgenommen als Lotterien? In einem Folgeexperiment (Traub et al. 2009) sind wir dieser Frage nachgegangen. Erneut hatten Versuchspersonen Einkommensverteilungen nach ihrer „Wünschbarkeit“ zu ordnen und erhielten dafür nicht unbedeutende finanzielle Anreize (im Durchschnitt fast 37 €). Es wurden vier Treatments unterschieden: „Lotterie“, „Individuelles Entscheiden“, „Sozialer Planer“ und „Soziale Präferenzen“. Im Lotterieszenario fehlte im Gegensatz zu den anderen Szenarien jeglicher Kontext zu

Einkommensverteilungen und Gerechtigkeitsfragen. Im individuellen Szenario sollte jede Versuchsperson über die bevorzugte Einkommensverteilung entscheiden. In den letzten beiden Treatments wurden die Einkommensverteilungen gemeinsam ausgezahlt, wobei der reine Soziale Planer keine eigene Auszahlung erhielt.

Die unterschiedliche Wahrnehmung der Szenarien durch die Versuchspersonen wurde mit Hilfe von so genannten Dominanzrelationen getestet. Einige der Einkommensverteilungen pareto-dominierten andere, d.h. jeder Bevölkerungsteil hatte in der einen Verteilung mehr Einkommen als in der anderen. Somit ließ sich von der Anzahl der Verletzungen von Pareto-Dominanzen in der Rangordnung der Einkommensverteilungen auf die Stärke der Präferenz für Effizienz schließen. Genauso wurde die Gerechtigkeitspräferenz mit Hilfe von Transfer- und Lorenzdominanz ermittelt und das Zusammenspiel von Effizienz und Verteilung über die verallgemeinerte Lorenzdominanz. Tatsächlich entsprach die Rangordnung der Einkommensverteilung im reinen Lotterie-Treatment am ehesten dem Erwartungsnutzenmodell; die Anzahl von Verletzungen der Transfer- und Lorenzdominanz und damit der Betweenness-Eigenschaft war hier am geringsten. Die meisten Dominanzverletzungen wurden im Sozialer-Planer-Treatment beobachtet – hier war offenbar der Wunsch nach Randomisierung der Einkommensverteilung am größten. Das Soziale-Präferenzen-Treatment, bei dem die Versuchspersonen auch in der Rolle als sozialer Planer eine eigene Auszahlung bekamen, lag dazwischen. Interessanterweise war hier aber die Ablehnung der einzigen egalitären Einkommensverteilung (jeder bekam 30.000 Tokens bzw. 30 €) und der einzigen Einkommensverteilung, die für einen „Mitspieler“ eine Auszahlung von 0 € bedeutet hätte, am stärksten.

Der strukturelle Unterschied zwischen Erwartungsnutzenmaximierung und Randomisierungspräferenz wird besonders deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Unabhängigkeitsaxiom der Erwartungsnutzentheorie impliziert, dass das menschliche Verhalten allein durch dessen Konsequenzen bestimmt wird. Dieser (ökonomische) Konsequentialismus (Hammond 1988) hat Diamond (1967) und andere zu scharfer Kritik an Harsanyis Utilitarismus veranlasst. Schließlich sollte auch die Art und Weise, wie das Verteilungsergebnis

² Unterhalb eines Mindesteinkommens oder Existenzminimums gilt Leximin, oberhalb dessen der Erwartungsnutzen. Dies entspricht Bouldings Theorem: „Society lays a modest table at which all can sup and a high table at which the deserving can feast“ (Boulding 1962, S. 83). In den Szenarien mit Unsicherheit schnitt die soziale Wohlfahrtsfunktion Bouldings übrigens weitaus besser ab.

³ Das Unabhängigkeitsaxiom besagt, dass Konsequenzen, die allen Entscheidungsalternativen gemein sind, die Entscheidung zwischen den Alternativen nicht beeinflussen dürfen. Die Betweenness-Eigenschaft besagt, dass eine Lotterie, die einer anderen vorgezogen wird, auch jeder Konvexkombination aus sich selbst und der anderen Lotterie vorgezogen werden muss. Dies impliziert Indifferenz zwischen jeder Konvexkombination zweier indifferenten Lotterien.

zustande gekommen ist, für die Beurteilung dessen Wohlfahrt zählen. Diese Kritik führt zum Konzept der prozeduralen Gerechtigkeit, die hier ihren Ausdruck in Form von Randomisierungspräferenzen findet. Auch wenn es rational zum selben Ergebnis führt, wenn man Anna die Münze direkt gibt oder sie diese durch Münzwurf gewinnen lässt, letzterer Allokationsmechanismus ist prozedural gerechter. Vermutlich haben die wenigsten Forscher, die mit Lorenzkurven und Gini-Koeffizienten arbeiten, jemals darüber nachgedacht, dass sie im Prinzip Erwartungsnutzenmaximierung und Konsequentialismus – also den gerne kritisierten Homo Oeconomicus – voraussetzen. Die experimentelle Verteilungsforschung zeigt jedenfalls, dass sich Menschen in Verteilungsfragen stark vom prozeduralen Gerechtigkeitsmotiv leiten lassen.

Ein praxisnahes Beispiel: Intragenerationale Umverteilung in Sozialversicherungssystemen

Natürlich ist man leicht versucht, die Ergebnisse der Laborexperimente in Frage zu stellen. Wie hoch kann schon die externe Validität von Ergebnissen sein, die mit kleinen Studentengruppen in künstlicher Laboratmosphäre erzielt wurden? Zunächst einmal ist dazu zu sagen, dass alle Entscheidungen im Experiment „real“ sind (im Gegensatz zu so mancher Umfrage, die allenfalls Einstellungen erhebt). Vor allem aber ist der Experimentator weniger am Verhalten der Versuchspersonen innerhalb eines Szenarios interessiert, sondern viel mehr an den Treatment-Effekten. Deswegen werden die Versuchspersonen – wie in einem medizinischen Versuch – zufällig nur einem Treatment zugeordnet und die statistische Auswertung erfolgt Between-Subjects, also anhand unabhängiger Beobachtungen.

Tim Krieger und ich (Krieger/Traub 2008, 2009) haben vor kurzem die Hypothese, dass sich der intragenerationale Umverteilungsgrad in der staatlichen Säule der Rentenversicherungssysteme der OECD-Länder in den vergangenen Jahren verringert hat („Back to Bismarck“), empirisch und experimentell untersucht. Die empirische Untersuchung erfolgte anhand von Daten der Luxembourg Income Study (LIS) ungefähr für den Zeitraum 1985–2000 (je nach Datenverfügbarkeit). In Tabelle 2 sieht man, dass der sogenannte Bismarckfaktor

Tabelle 2: Änderung der intragenerationalen Umverteilung in 20 OECD-Ländern

		Bismarckfaktor	
		gestiegen	gesunken
Großzügigkeit	gestiegen	Belgien Finnland Frankreich Irland Italien Kanada Mexiko Österreich Schweiz Spanien Vereinigte Staaten	Dänemark Griechenland Luxemburg Norwegen
	gesunken	Australien Deutschland Vereinigtes Königreich	Niederlande Schweden

Quelle: Krieger/Traub (2008).

in den meisten Ländern gestiegen ist. Der Bismarckfaktor ist eine Indexzahl, die angibt, wie hoch der Anteil der beitragsbezogenen Rentenbestandteile im Vergleich von reichen und armen Rentnern ist. Je höher der Bismarckfaktor, desto größer der beitragsbezogene Anteil und umso geringer die intragenerationale Umverteilung. Gleichzeitig ist auch die Großzügigkeit des Rentensystems vieler Länder gestiegen, was nicht überrascht, da Bis-

labor an Notebooks und erhielten wegen des Mensa-Geräuschpegels die Instruktionen per Kopfhörer.

In Abbildung 2 ist ein typischer Entscheidungsbildschirm zu sehen. Auf dem Bildschirm ist eine Verteilung von Ansprüchen gegenüber einer Sozialversicherung, symbolisiert durch die Balken, zu sehen. Die Versuchspersonen hatten nun durch Verschieben des Reglers unten auf dem Bildschirm den Bismarckfaktor, d.h.

den Grad der Umverteilung der Ansprüche, festzulegen. Am Ende wurden die Versuchspersonen tatsächlich einer der fünf Einkommenspositionen zugelost und erhielten die entsprechende Auszahlung in bar. In einigen Szenarien lag der Höchstgewinn bei über 1000 €. Was hat

Abbildung 1: Das Mobillabor im Einsatz in der Mensa der Universität Bremen



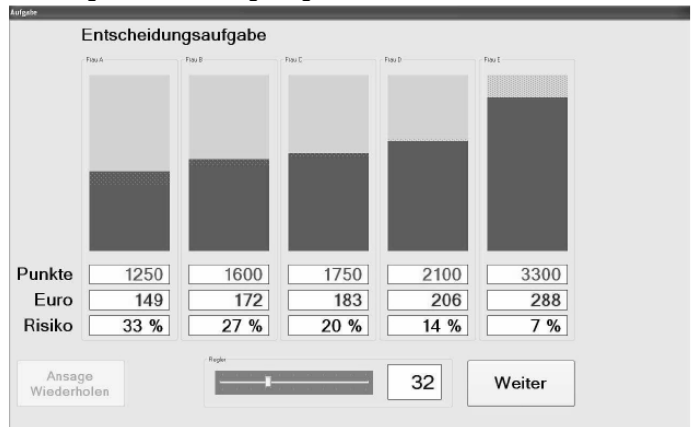
marck-Systeme in der Regel umfangreicher sind als Beveridge-Systeme, die hauptsächlich auf Pauschalleistungen setzen.

Was erklärt nun die Verschiebung der intragenerationalen Umverteilungspräferenz in Richtung geringerer Umverteilung? Hierzu haben wir zum einen die empirischen Daten mit einer Reihe von Erklärungsfaktoren abgeglichen und zum anderen in der Mensa der Universität Bremen ein ökonomisches Laborexperiment durchgeführt. Durch Abbildung 1 kann ein Eindruck von der „Laboratmosphäre“ beim Lösen der Entscheidungsaufgaben gewonnen werden. Die Versuchspersonen arbeiteten in unserem Mobil-

dieses Experiment mit der Änderung von OECD-Rentensystemen zu tun? Insgesamt gab es im Experiment 18 verschiedene Treatments, in denen die Großzügigkeit der Sozialversicherung (die Umrechnung von Punkten in € in Abbildung 2), die Varianz und Schiefe der Einkommensverteilung und das Risiko, nicht von der Sozialversicherung Gebrauch machen zu können (die Lebenserwartung), variiert wurden.

Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse der statistischen Auswertung der LIS-Daten und der aus dem Experiment gewonnenen Daten. Links werden die Erklärungsfaktoren angegeben, rechts die marginalen Effekte auf den Bis-

Abbildung 2: Entscheidungsaufgabe



marckfaktor. Es fällt sofort die starke Übereinstimmung der Experimentalergebnisse und der empirischen Ergebnisse ins Auge. In beiden Datensätzen findet sich eine positive Korrelation zwischen der Großzügigkeit des Rentensystems und dem Bismarckfaktor. Interessant ist auch, dass die Schiefe

Teil der Ansprüche bei den langlebigen reichen Rentnern verbleibt.

Ausblick

Diese „Tour de France“ durch einige meiner – gemeinsam mit Koautoren entstandenen – Forschungsarbeiten

Tabelle 3: Auswirkungen von Änderung in Einkommensverteilung und Lebenserwartung auf den Bismarckfaktor

Erklärungsfaktor	LIS-Daten	Experiment
Großzügigkeit des Rentensystems	steigt	steigt
Mittelwert der Einkommensverteilung	unverändert	nicht getestet
Varianz der Einkommensverteilung	steigt	steigt
Schiefe der Einkommensverteilung	sinkt	sinkt
Lebenserwartung	steigt	symmetrisch: unverändert positiv korreliert mit dem Einkommen: steigt

der Einkommensverteilung einen signifikanten Effekt hat. Je linkssteiler die Einkommensverteilung wird (d.h. je geringer der Median im Vergleich zum Mittelwert ist), desto stärker wird per Umverteilung gegenzusteuern versucht – allerdings ohne Erfolg, denn Transfers ändern nur die Varianz der Verteilung, aber nicht unmittelbar die Schiefe!⁴ Leicht rational begründbar ist das Ergebnis, dass eine Erhöhung der Lebenserwartung zu einer Verringerung der intragenerationalen Umverteilung führt (der Bismarckfaktor steigt), insbesondere dann, wenn Lebenserwartung und Einkommen positiv miteinander korrelieren. In diesem Fall ist der Erwartungsnutzen der Gesellschaft höher, wenn ein größerer

soll mit einem kurzen Ausblick enden, jedoch nicht ohne den Hinweis, dass zahlreiche weitere Autoren auf dem Gebiet der experimentellen Verteilungsforschung arbeiten, deren Werke hier aus Platzgründen nicht zitiert, aber z.B. in Traub et al. (2009) hinreichend gewürdigt werden. Einen schönen Überblick verschafft auch Gärtner (2007).

Es ist geplant, die Grundlagenforschung im Bereich der experimentellen Verteilungstheorie fortzusetzen. Auch nach dem Wechsel des Lehrstuhls für Volkswirtschaften, insbesondere Finanzwissenschaft, an das Zentrum für Sozialpolitik, steht unserer Arbeitsgruppe im Wiwi-Gebäude des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften ein mit vielen PCs und einem File-Server ausgerüstetes Experimentallabor zur Verfügung; daneben verfügen wir über ein kleines Mobillabor. In einem laufenden Projekt mit Fabian Paetzel wird beispielsweise gerade der Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum experimentell untersucht – eines der ersten makroökonomischen Labor-Experimente

überhaupt. Der theoretische und empirische Zusammenhang zwischen Wachstum und Einkommensverteilung ist seit den bahnbrechenden Arbeiten z.B. von Persson und Tabellini (1994) sicherlich einer der „angesagtesten“ Forschungsgegenstände in der politischen Ökonomik. In einem Experiment mit Rupert Sausgruber und Fabian Paetzel untersuchen wir aktuell, wie sich die ungleiche Verteilung von Gewinnen und Verlusten aus politischen Reformen auf deren Durchsetzbarkeit und Stabilität auswirkt. Theoretische Grundlage hierfür ist der bekannte Artikel von Fernandez und Rodrik (1991). Gemeinsam mit Frank Nullmeier und Bernhard Kittel läuft zurzeit eine Serie von Experimenten zu Kollektiventscheidungen, in denen ökonomische, politikwissenschaftliche und soziologische Fragestellungen verknüpft werden.

Darüber hinaus beginnen wir in den nächsten Monaten mit dem Entwurf und der Programmierung eines Mikrosimulationsmodells. Das entsprechende Computertool soll es ermöglichen, die Verteilungswirkungen von Reformen im Bereich der Sozial- und Steuerpolitik mit Paneldaten abzubilden. Insofern stellt die Mikrosimulation nicht nur eine Ergänzung meines bisherigen Forschungsspektrums dar, sondern hoffentlich auch eine Bereicherung des ZeS-Angebots beratungsorientierter Forschung. Langfristig soll das Modell möglichst viele Bereiche der Sozialpolitik abdecken, zunächst wird aber, das dürfte nicht überraschen, ein Rentenmodul erstellt.

Literatur

- Amiel, Yoram; Cowell, Frank Allen, 1999: *Thinking about Inequality*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Atkinson, Anthony B., 1970: „On the Measurement of Inequality“, *Journal of Economic Theory* 2: 244–263.
- Boulding, Kenneth E., 1962: „Social Justice in Social Dynamics“, in: Brandt, R. (Hg.), *Social Justice*, Englewood Cliffs. Prentice-Hall, 73–92.
- Chew, Soo Hong, 1989: „Axiomatic Utility Theories with the Betweenness Property“, *Annals of Operations Research* 19: 273–298.
- Diamond, Peter A., 1967: „Cardinal Welfare, Individual Ethics, and Interpersonal Comparison of Utility: Comment“, *Journal of Political*

⁴ Andererseits kann eine Vergrößerung der Schiefe der Einkommensverteilung durch die geringere Varianz im unteren Teil der Einkommensverteilung zu einer Verkleinerung des Gini-Koeffizienten führen, was den Effekt hat, dass die gemessene Ungleichheit sinkt. Die Rolle der Schiefe der Einkommensverteilung für die individuelle und soziale Wohlfahrt haben Christian Seidl, Andrea Morone und ich in einer experimentellen Studie untersucht (Seidl et al. 2006).

- Economy* 75: 765–766.
- Fernandez, Raquel; Rodrik, Dani, 1991: "Resistance to Reform: Status Quo Bias in the Presence of Individual-Specific Uncertainty", *American Economic Review* 81: 1146–55.
- Gärtner, Wulf, 2007: *Empirical Social Choice. LSE Philosophy*. Working Papers 03/07, London School of Economics and Political Science. London.
- Hammond, Peter J., 1988: "Consequentialist Foundations for Expected Utility", *Theory and Decision* 25: 25–78.
- Harsanyi, John C., 1953: "Cardinal Utility in Welfare Economics and in the Theory of Risk-taking", *Journal of Political Economy* 61: 434–435.
- Harsanyi, John C., 1955: "Cardinal Welfare, Individualistic Ethics, and Interpersonal Comparisons of Utility", *Journal of Political Economy* 63: 309–321.
- Krieger, Tim; Traub, Stefan, 2008: *Shifting Preferences for Intragenerational Redistribution in OECD Pension Systems*, Luxembourg Income Study Working Paper Series, Working Paper 485. Luxembourg.
- Krieger, Tim; Traub, Stefan, 2009: *Wie hat sich die intragenerationale Umverteilung in der staatlichen Säule des Rentensystems verändert? Ein internationaler Vergleich auf Basis von LIS-Daten*, Luxembourg Income Study Working Paper Series, Working Paper 520. Luxembourg.
- Persson, Torsten; Tabellini, Guido, 1994: "Is Inequality Harmful for Growth?", *American Economic Review* 84: 600–621.
- Rawls, John, 1971: *A Theory of Justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Shorrocks, Anthony F., 1983: "Ranking Income Distributions", *Economica* 50: 3–17.
- Seidl, Christian; Traub, Stefan; Morone, Andrea, 2006: "Relative Deprivation, Personal Income Satisfaction, and Average Well-Being under Different Income Distributions", in: Mark McGillivray (Hg.), *Inequality, Poverty and Well-being*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 66–90.
- Traub, Stefan; Seidl, Christian; Schmidt, Ulrich; Levati, Maria Vittoria, 2005: "Friedman, Harsanyi, Rawls, Boulding – or Somebody Else? An Experimental Investigation of Distributive Justice", *Social Choice and Welfare* 24: 283–309.
- Traub, Stefan; Seidl, Christian; Schmidt, Ulrich, 2009: "An Experimental Study on Individual Choice, Social Welfare, and Social Preferences", *European Economic Review* 53: 385–400.

Stefan Traub
Telefon: 0421/218-2765
traub@uni-bremen.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Sozialpolitik · Universität Bremen
Barkhof, Parkallee 39 · 28209 Bremen

Redaktion: Dr. Christian Peters

Gestaltung: Wolfgang Zimmermann, Sonja Rose

Sekretariat: Sonja Rose
Tel.: 0421/218-4362 · Fax: 0421/218-7540
srose@zes.uni-bremen.de

Auflage: 600

erscheint zweimal jährlich · ISSN-Nr. 1619-8115

Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen: In 20 Jahren an die wissenschaftliche Spitze

In 20 Jahren auf Erfolgskurs: Das Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen gehört zu den Leuchttürmen des Wissenschaftsstandortes Bremen – international sichtbare Publikationen, Integration in nationale und internationale Forschungsnetzwerke, Präsenz auf Kongressen und eine beeindruckende Drittmittelbilanz dokumentieren die Erfolgsgeschichte des ZeS. Der Bielefelder Soziologe Franz-Xaver Kaufmann, selbst eine wichtige Person in der Geschichte des Zentrums, beschreibt in einem Vortrag, den er anlässlich der Festveranstaltung im Bremer Rathaus am 14. Oktober hielt, anschaulich und mit offenen Worten den Weg dahin.

20 Jahre Zentrum für Sozialpolitik in Bremen

von Franz-Xaver Kaufmann

1. Einleitung

Man würde sich sicher wundern, wenn ein Zwanzigjähriger bei der Feier seines Geburtstages fragen würde, wie er denn zu dem geworden sei, was er ist. Sein Blick geht vorwärts, und nicht zurück. Aber es könnte durchaus sein, dass sein Großvater, oder sagen wir bescheidener, sein Onkel auf die Idee käme, ihm eben dieses für sein Erwachsensein mit auf den Weg zu geben, frei nach dem Motto: Wer wissen will, wohin er geht, muss wissen, woher er kommt. Nun wurde mir für diese heutige Feier eben diese Rolle des Onkels angetragen, soweit man überhaupt familiäre Metaphern auf Institutionen übertragen kann. Ich fühle mich in dieser Rolle insofern recht wohl, als ich die Entstehung des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS) unter Einschluss seiner Vorgeschichte aus der gelegentlich sogar *teilnehmenden* Beobachterrolle verfolgen konnte. Erst in den letzten Jahren bin ich altersbedingt in größere Distanz geraten, was ja auch einem Onkel mit seinem heranwachsenden Neffen passieren kann.

Gestatten Sie, dass ich die familiären Metaphern noch etwas weiter treibe. Normalerweise heißt es „Mater certa – pater incertus“. Hier, beim ZeS, ist es umgekehrt. Der Vater der Idee eines interdisziplinären Forschungsschwerpunktes für Sozialpolitik an der Universität Bremen und dessen unermüdlicher Vorkämpfer heißt Professor Stephan Leibfried. Über ihn wird in der Folge noch einiges zu sagen sein. Wer aber wurde geschwängert? Nach meinem Eindruck nicht die Universität Bremen, der man allenfalls die Rolle der Hebamme zuweisen kann.

Geschwängert wurde die Stiftung Volkswagen, die nach einem umfangreichen und kontroversen Begutachtungsprozess des unter Federführung von Stephan Leibfried entstandenen Antrags sich schließlich entschloss, die Anschubfinanzierung im Umfange von zwei Professoren- und drei wis-

gemeinschaft. Die Universität blieb die mit zunehmender Erfahrung immer hilfreichere Hebamme.

Die Geburtsgeschichte des ZeS wäre allerdings unvollständig, würde ich die Rolle des Senats der Freien Hansestadt Bremen übergehen. Vor allem Herr Dr. Henning Scherf hat in im Laufe der Zeit wechselnden politischen Rollen die Idee des ZeS von Anfang an unterstützt und ihm über die Jahre hinweg seine Freundschaft bewahrt. Aber auch Herr Staatsrat Hoppensack und Frau Brigitte Heinen haben das Vorhaben in der Aufbauphase umsichtig durch die Fährnisse der Bremer Senatsverwaltung gesteuert. Wie soll man sie nun mit der Metapher des Geburtsvorgangs in Beziehung setzen? Vielleicht könnte man von einem Team aus Gynäkologen sprechen, die die gelegentlich überforderte Hebamme Universität mit Rat und vor allem auch mit budgetärer Tat unterstützt haben.



Am 14. Oktober hatte Bürgermeister Jens Böhrnsen zur Festveranstaltung ins Bremer Rathaus eingeladen. In seiner Eröffnungsrede wies er auf die Bedeutung des Zentrums für Sozialpolitik für den Wissenschaftsstandort Bremen hin und betonte dabei, dass er als Politiker selbst immer wieder auf die dort erarbeitete Expertise zurückgreife. Es folgten Grußbotschaften von der Beiratsvorsitzenden Professorin Barbara Riedmüller, Freie Universität Berlin, und Professor Rolf Drechsler, Konrektor für Forschung der Universität Bremen. Den Festvortrag hielt Professor Franz-Xaver Kaufmann, emeritierter Soziologieprofessor der Universität Bielefeld und kritischer Wegbegleiter des ZeS. Zu den Gästen zählten viele Förderer des Zentrums, unter ihnen der ehemalige Bremer Bürgermeister Henning Scherf. Ebenso wurde die internationale Dimension der Forschungsarbeit des Zentrums deutlich, als Michail Tarassenko, Mitglied der Staatsduma und Vorsitzender der russischen Bergarbeitergewerkschaft, auf die hervorragende Kooperation des deutsch-russischen Expertenkreises hinwies, der 2009 schon zum zweiten Mal auf Einladung des ZeS und der Moskauer Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand.

senschaftlichen Mitarbeiterstellen für 5 Jahre zu leisten. In dieser Einschätzung der Elternschaftsverhältnisse fühle ich mich auch durch spätere Zeugungsakte Stephan Leibfrieds bestätigt: All seine wissenschaftlichen Kinder – Sonderforschungsbereiche, Graduiertenschulen und sonstige Förderprogramme resultierten aus außeruniversitären „Verhältnissen“, vor allem mit der Deutschen Forschungs-

2. Vorgeschichte

Die Entstehung des Zentrums für Sozialpolitik hat eine Vorgeschichte, die sich bis auf den Bielefelder Soziologentag von 1976 zurückverfolgen lässt, welcher eine Art Initialzündung für den Ausbau der sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikforschung in Deutschland auslöste. Christan von Ferber und ich bekamen damals die Chance, im Rahmen eines Plenums und weiterer Veranstaltungen, den Stand der im Horizont der sozialliberalen Koalition entstandenen soziologischen Sozialpolitikforschung zu präsentieren und zu diskutieren, einschließlich der zugrunde liegenden theoretischen Orientierungen. Daraus entstand

ein Sonderheft „Soziologie und Sozialpolitik“ der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie¹, womit das Thema Sozialpolitik in der Soziologie salonfähig wurde. Das war nicht selbstverständlich, war doch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie im Jahre 1909 als Antagonist zum „Verein für Sozialpolitik“ entstanden, mit dessen heimlicher Politikorientierung sich die Gründerväter vor allem im so genannten Werturteilsstreit auseinandergesetzt hatten. Im Rahmen dieses Bielefelder Soziologentages also luden damals Christian von Ferber und ich zu einer Informationsveranstaltung über die Gründung einer Sektion „Sozialpolitik“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ein. Daran nahm auch Stephan Leibfried teil, seit kurzem Professor für „Sozialpolitik und Sozialverwaltung“ an der Universität Bremen, und trug sich in die Interessentenliste ein. Obwohl uns persönlich noch unbekannt, luden wir ihn zu einer Studiengruppe „Staatliche Sozialpolitik und nicht professionelle Sozialsysteme“ ein, die von der Werner Reimers Stiftung in Bad Homburg finanziert wurde. In ihrem Rahmen geschah sowohl die Gründung der erwähnten Sektion „Sozialpolitik“ als auch die Beantragung eines Schwerpunktprogramms bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Thema „Bedingungsanalysen sozialpolitischer Intervention: Staat – intermediäre Instanzen und Selbsthilfe“ (1979-1986). In deren Rahmen erlangten zwei spätere Abteilungleiter des ZeS, Stephan Leibfried und Rainer Müller, ihre ersten, noch sehr bescheidenen, Drittmittel.

Parallel dazu organisierte Leibfried seinen ersten größeren Forschungskomplex: den Universitätsschwerpunkt „Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik“, ein interdisziplinäres Netzwerk mit einer abenteuerlich breiten Leitthematik, die aber ins Profil der damals noch sozial bewegten Universität Bremen wie auch zum soziologischen Aufbruch in die Sozialpolitikforschung passte. Doch bald war ihm dies nicht mehr genug: Leibfried verstand den Forschungsschwerpunkt nur als Anfang zu einer langfristigeren Institutionalisierung der Sozialpolitikforschung an der Universität Bremen, und er setzte dabei auf ein Forschungsgebiet, das nicht nur seinen ethischen Vorstellungen

gen entsprach, sondern im Gesamtbereich der Sozialwissenschaften weithin *brach* lag.

Die *Wirtschaftswissenschaften*, welche bis zum Ende der Weimarer Republik die wichtigsten Träger der akademischen Sozialpolitik gewesen waren, setzten nach dem Zweiten Weltkrieg auf Ordnungspolitik und Markttheorie und vermochten immer weniger zu verdeutlichen, was denn das Soziale an der von ihnen propagierten „Sozialen Marktwirtschaft“ sei. Die aktuellen Schwierigkeiten der Universität Bremen, die Nachfolge von Winfried Schmähl als Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am ZeS zu besetzen, sind ein Symptom für die sich fortsetzende Vernachlässigung der Sozialpolitik durch die



Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann

Wirtschaftswissenschaften, wo die zunächst noch zahlreichen Lehrstühle für Sozialpolitik nach Vakanz meistens in betriebswirtschaftliche Lehrstühle umgewandelt worden sind.

In der *Jurisprudenz* blieben das Arbeitsrecht und das Sozialrecht von Anfang an ungeliebte Randgebiete des akademischen Betriebs. Nur *ein* Grund hierfür sei erwähnt: Sie passen nicht in die Grundeinteilung der vom Römischen Recht geprägten Deutschen Rechtswissenschaft, nämlich die Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht. Wie schon Lorenz von Stein, der Vordenker einer gesellschaftstheoretisch fundierten Auffassung von Sozialpolitik klar sah, handelt Sozialpolitik von der *Vermittlung* zwischen ‚Staat‘ und ‚Bürgerlicher Gesellschaft‘. Sozialpolitik handelt politisch von der Transformation des *liberalen*, von unmittelbaren Einflüssen der bürgerlichen Gesellschaft

als unabhängig postulierten Rechtsstaats in den *sozialen* Rechtsstaat, der im Sinne der Gewährleistung sozialen Schutzes und der Förderung von Chancengleichheit gestaltend in die sozialen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft eingreift. Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsrecht sind deshalb typischerweise Gebiete, in denen öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Normen miteinander interagieren und nur in dieser Interaktion soziale Wirkungen zeitigen. Das wissenschaftliche Studium des Sozialrechts gewann einen institutionellen Ort in der Bundesrepublik erst 1980 im Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München unter der Leitung von Professor Hans F. Zacher.

Die in Deutschland sich ohnehin erst spät vom öffentlichen Recht lösende Politikwissenschaft entstand zunächst als Wissenschaft von der Demokratie. Sie hat – im Unterschied zum internationalen Trend – erst spät die Sozialpolitik und Sozialstaatsentwicklung zu ihren Themen gemacht. In dieses Vakuum stieß seit den siebziger Jahren die Soziologie, nachdem Hans Achinger bereits auf dem 14. Soziologentag von 1959 den Beitrag der Soziologie zur Sozialreform angemahnt² und bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein erstes sozialpolitisches Schwerpunktprogramm „Soziale Umverteilung“ durchgesetzt hatte.³ An der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld wurde im Jahre 1969 der erste soziologische Lehrstuhl für „Sozialpolitik“ eingerichtet, dem in den folgenden Jahrzehnten zahlreiche weitere an anderen Hochschulen folgten.

3. Gründung und Aufbau

Das Gründungskonzept des Bremer Zentrums für Sozialpolitik sah vor diesem Hintergrund von Anfang an eine *interdisziplinäre* Orientierung vor, wie sie der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Sozialpolitik durchaus angemessen ist. In der Gründungsphase wurden neben Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Medizin und Politikwissenschaft auch das öffentliche Recht und die Geschichtswissenschaft einbezogen, doch konnten diese beiden Wissenschaften nach dem Weg-

¹ Von Ferber, Christian; Kaufmann, Franz-Xaver (Hg.), 1977: „Soziologie und Sozialpolitik“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 19. Opladen.

² Achinger, Hans, 1959: „Soziologie und Sozialreform“, in: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages. Stuttgart: 39-52.

³ Vgl. Soziale Umverteilung – Mitteilung 1 der Kommission für dringliche sozialpolitische Fragen. Wiesbaden o. J. 1964.



Dr. Helga Junkers

gang des Juristen Ulrich Preuß und des Historikers Hans-Gerhard Haupt nicht mehr länger integriert werden. Die in der Gründungsphase fixierte Struktur des ZeS mit fünf Abteilungen hat sich bis heute trotz personellen Wechsels der Abteilungsleiter erhalten: I. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates; II. Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates; III. Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung; IV. Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin; V. Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat. Es ist bemerkenswert, dass diese Struktur sich bis heute als hinreichend flexibel bewährt hat, um den weitreichenden Veränderungen der relevanten Perspektiven folgen zu können. Bemerkenswerterweise folgt der Zuschnitt der Abteilungen auch keinen Disziplinargrenzen, mit Ausnahme der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung.

Der Aufbau des Zentrums ging nicht ohne Konflikte vor sich. Zum einen erschien das Zentrum vielen egalitär gesinnten Mitgliedern der Universität Bremen zunächst als ein Ort ungebührlicher Privilegierung, wodurch sich Spannungen mit einigen Organen der Universität ergaben. Zum anderen entstand eine Spannung zwischen den bereits an der Universität Bremen tätigen Abteilungsleitern Rainer Müller und Stephan Leibfried einerseits, sowie den neu berufenen Abteilungsleitern Claus Offe und Winfried Schmähl andererseits. Letztere hatten im Rahmen ihrer Berufungsverhandlungen Zusagen der Personalausstattung erreicht, welche zu Lasten der ursprünglich geplanten gleichen Ausstattung aller Abteilungen

gingen. Verständlicherweise traf die Benachteiligung diejenigen, welche die Planungs- und Aufbauarbeit geleistet hatten, besonders hart. Ich erinnere mich lebhaft an die erste Sitzung des wissenschaftlichen Beirats im Mai 1991, anlässlich derer die Gegensätze aufeinander prallten. Und ich erinnere mich auch an die treffenden Worte, welche in diesem Zusammenhang die langjährige Vertreterin der VolkswagenStiftung bei den Beirats-Sitzungen, Frau Dr. Helga Junkers, fand, der das ZeS in seiner Aufbauphase viel zu verdanken hatte. Und da ich schon beim Loben bin, möchte ich auch Frau Gisela Hegemann-Mahlitz erwähnen, die als Geschäftsführerin des ZeS dieses von seiner Gründung an bis Ende September dieses Jahres nicht nur begleitet, sondern maßgeblich zusammengehalten hat.

Die zweite Sitzung des in der Folge jährlich tagenden wissenschaftlichen Beirats im Mai 1992 stand bereits unter wesentlich günstigeren Vorzeichen. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hatte unter maßgeblichem Einfluss von Senator Henning Scherf dem Zentrum für Sozialpolitik den „Barkhof“, das ehemalige städtische Gymnasium, als Dauerwohnsitz zugewiesen. Dieser gediegene und geräumige Bau wurde, man darf das wohl so sagen, zur Heimat des ZeS, wo insbesondere die wissenschaftlichen Mitarbeiter sich um die gelegentlichen institutionellen und z.T. persönlichen Spannungen zwischen ihren Chefs nicht kümmerten und eine zunächst informelle, aber bald auch in Kolloquien institutionalisierte Interdisziplinarität praktizierten.

Im Jahre 1993 wurde dann erstmals Bilanz gezogen. Die von der Universität angemahnte Evaluation des

ZeS erfolgte durch den wissenschaftlichen Beirat und war von diesem im Vorjahr durch Verfahrensvorgaben in Anlehnung an Evaluationen der Deutschen Forschungsgemeinschaft vorstrukturiert worden. Ein umfangreicher Tätigkeitsbericht wurde seitens des Forschungsinstituts vorgelegt,⁴ die einzelnen Abteilungen wurden begangen, die Ergebnisse wurden mit den Institutsmitarbeitern diskutiert und in einer ausführlichen Stellungnahme des Beiratsvorsitzenden dem Rektor der Universität zur Kenntnis gebracht. Dieses Verfahren und der dreijährige Evaluationsrhythmus haben sich bewährt und auch die Praxis bis vor kurzem bestimmt. Doch nun hat die Universität ein neues, externes Evaluationsverfahren beschlossen.

Lassen Sie mich schließlich, bevor ich zur Würdigung der Arbeit des ZeS komme, noch auf einen weiteren, belebenden Aspekt der insgesamt sehr angenehmen und kollegialen Tätigkeit des wissenschaftlichen Beirats und seiner ständigen Gäste hinweisen: Dank der Gastfreundschaft des Bremer Senates durften wir bei den meisten Sitzungen abends auch in gesonderten Räumlichkeiten des Bremer Ratskellers *tafeln* und von der Angeboten seines einmaligen Weinkellers genießen; einmal sogar in der „Güldenammer“.

4. Entwicklung und Würdigung

Wie stellt sich nun im Rückblick auf zwanzig Jahre die Entwicklung des

Zentrums für Sozialpolitik dar? Ist eine Feier in diesem prächtigen Rahmen des historischen Bremer Rathauses überhaupt angebracht?



Das Zentrum für Sozialpolitik hat im August 2009 Frau Gisela Hegemann-Mahlitz verabschiedet, die seit dem 21.10.1988 als Geschäftsführerin des damals noch in Gründung befindlichen ZeS gewirkt hat. Nach dem Studium der Soziologie bei Schelsky in Münster sowie Luhmann und Kaufmann an der Universität Bielefeld wechselte die in Iserlohn geborene Sauerländerin nach einigen Zwischenstationen an die Universität Bremen. Am Zentrum wirkte sie als Chefin aller Infrastruktureinheiten, als Integrationsmanagerin zwischen den Abteilungen, als Initiatorin und Chefredakteurin des ZeS reports sowie als kommunikatives Zentrum der ganzen Institution. Wir wünschen alles erdenklich Gute in der neuen, berufsfreien Lebensphase.

⁴ Zentrum für Sozialpolitik: Tätigkeitsbericht Oktober 1988 bis März 1993. Universität Bremen o. J. 1993.

Vorauszuschicken ist zunächst, dass die personelle und infrastrukturelle Grundausrüstung des ZeS seit seiner Übersiedlung in den Barkhof sich nicht etwa erweitert, sondern reduziert hat. Dennoch ist das Institut nahezu ununterbrochen gewachsen. Um nur einen zentralen Faktor zu nennen: Im Jahre 1993 standen im Bereich des so genannten Mittelbaus, also der wissenschaftlichen Mitarbeiter, 14,5 Stellen zur Verfügung. Betrachtet man dagegen die Gesamtheit der im „Wissenschaftlichen Rat“ aufgeführten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das sind neben den Abteilungsleitern alle, die nicht nur vorübergehend dem ZeS assoziiert sind, so wurden für den gleichen Zeitpunkt deren 57 aufgeführt, die sich allerdings zum Teil eine Stelle teilen; Ende 2008 waren es dagegen 71, bei nur noch 9 dauerhaft verfügbaren Stellen der Grundausrüstung.⁵ Diese Mitarbeitervermehrung ist nicht wundersam, sondern das Ergebnis der überaus erfolgreichen und kontinuierlichen Einwerbung von Drittmitteln durch die Abteilungen von Anfang an, sowie durch ihre Vernetzung mit zwei Sonderforschungsbereichen. In Euro umgerechnet wurden bereits zwischen 1988 und 1994 Drittmittel in der Höhe von umgerechnet 6,8 Mio. Euro eingeworben; von 1995 bis 1999 waren es 6,2 Mio., von 2000 bis 2004 8,5 Mio. und 2005 bis 2009 10,5 Mio. Euro.⁶ Dabei sind Drittmittel, an denen das ZeS aus der Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen partizipiert, noch nicht einmal enthalten. Diese Größenordnungen sind für ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut in Deutschland weit überdurchschnittlich. Man kann schon daraus auf den Erfolg des ZeS schließen, aber damit ist doch noch wenig über den wissenschaftlichen Ertrag gesagt.

Hierüber in kurzen Worten zu berichten ist alles andere als einfach. Das Institut ist ja in fünf Abteilungen gegliedert, und jeder Abteilungsleiter hatte und hat seine eigene

Forschungsagenda, die sich zudem im Laufe der Zeit gelegentlich veränderte. Das muss hier außen vor bleiben. Erwähnt sei aber, dass die Arbeit in den einzelnen Abteilungen hinsichtlich des Verhältnisses von grundlagenorientierter zu anwendungsorientierter Forschung durchaus die Erwartungen erfüllt, die im ursprünglichen Gründungskonzept geweckt wurden. So widmet sich die Abteilung *Theorie und Verfassung des Sozialstaates* (Leitung: Claus Offe, 1988-95; Ulrich Preuß, 1988-92; Manfred G. Schmidt, 1997-2001; Frank Nullmeier, seit 2002) vor allem Grundlagenfragen der Legitimation sozialstaatlicher Interventionen, sowie ihrer Veränderung im Laufe der politischen Konjunkturen. Diese Abteilung trägt so zur gesteigerten Reflexivität sozialpolitischer Diskussionen in Wissenschaft und Öffentlichkeit bei. Die *Gesundheitspolitische Abteilung* (Leitung: Rainer Müller, bis 2007; Heinz Rothgang, seit 2006 mit Gerd Glaeske, seit 2007) hingegen arbeitete von Anfang an vor allem nah an konkreten Problemen mit Krankenkassen und sonstigen Einrichtungen der Bremer Region und darüber hinaus zusammen, also ganz überwiegend anwendungsorientiert. Aktuell spielt die Erforschung der Versorgungssituation von Patienten eine besondere Rolle, einschließlich

In den übrigen drei Abteilungen werden sowohl grundlagenorientierte wie anwendungsorientierte Projekte durchgeführt. Das galt in herausragender Weise für die *Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung* unter der Leitung von Winfried Schmähl, der als langjähriger Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung eine wissenschaftliche Schlüsselstellung für die Deutung und Entwicklung der Deutschen Rentenversicherung inne hatte und damit den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis unmittelbar zu leisten vermochte. Sozusagen als Legat für zukünftige Generationen hat Schmähl in den letzten Jahren seiner Tätigkeit im Zusammenhang der vom Bundesministerium für Arbeit und soziale Sicherheit sowie dem Bundesarchiv herausgegebenen elfbändigen „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ eine historische Studie über die politische und administrative Entwicklung der deutschen Rentenversicherung vorgelegt, die an Sachkenntnis, Tiefenschärfe und archivgestützter Aufarbeitung alles Bisherige weit in den Schatten stellt. Integriert zu einer Monographie werden die bisher auf mehrere Bände verteilten Kapitel zweifellos das Standardwerk über die Rentenpolitik in der Bundesrepublik von 1945-1994 werden.



Bürgermeister Jens Böhrnsen (links), Prof. Dr. Stephan Leibfried (rechts)

⁵ Zentrum für Sozialpolitik: Tätigkeitsbericht Oktober 1988 bis März 1993. Bremen: 187-191; Jahresbericht Januar bis Dezember 2008. Bremen: 168-195. Für 2008 ist ergänzend zu berücksichtigen, dass die Leitung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung seit über 2 Jahren vakant ist.

⁶ Jahresbericht 2008. Bremen: 197; zur Herkunft der Mittel vgl. Tätigkeitsbericht 2005-2007. Bremen: 59: DFG 36%, Stiftungen 21%, Bund/Länder 9%, Sonstige, insbesondere Gesetzliche Krankenversicherung 34%.

einer fortlaufenden Evaluation der Arzneimittelversorgung, deren Ergebnisse periodisch veröffentlicht werden. Bremen ist damit zum wichtigsten Zentrum sozialwissenschaftlicher Gesundheitsforschung in der Bundesrepublik geworden und beispielhaft hinsichtlich der Zusammenarbeit von medizinischem, ökonomischem und empirisch-soziologischem Sachverstand.

Die Abteilung *Geschlechterpolitik des Wohlfahrtsstaates* (Leitung: Ilona Ostner, bis 1994; Karin Gottschall, seit 1999) geht vor allem dem Zusammenhang von Sozialpolitik und den Bedingungen für die Entwicklung privater Lebensformen nach. Hier geht es um den Zusammenhang von Arbeitsmarkt, Bildungswesen und der Begründung von Partnerschaft und Elternschaft aus der Perspektive insbesondere weiblicher, aber komplexen-

tär auch männlicher Lebensentwürfe. Die praktische Aktualität dieser Fragestellungen ist vor dem Hintergrund der demografischen Perspektiven für die Bundesrepublik offensichtlich, doch geht es in diesem vorher noch wenig erkundeten Feld auch darum, das Verständnis der grundlegenden Zusammenhänge zu vertiefen. Vor allem hinsichtlich der Einbeziehung der Bildungspolitik in die sozialpolitischen Fragestellungen wird in dieser Abteilung unter der Leitung von Prof. Karin Gottschall Pionierarbeit geleistet.

Die unter der seit Anfang unveränderten Leitung von Stephan Leibfried und seit 2007 auch seines Nachfolgers Herbert Obinger stehende Abteilung „*Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaats*“ schließlich hat sich als die dynamischste im Hinblick auf Internationalisierung und externe Vernetzung des ZeS erwiesen. Es fällt hier schwerer als bei den anderen Abteilungen, ein eindeutiges Bezugsproblem der Arbeiten zu nennen, es sei denn die Überschreitung des nationalen Rahmens in der wissenschaftlichen Betrachtungsweise, und zwar im Hinblick auf ein umfassendes Verständnis der Wohlfahrtsstaatlichkeit. In seiner Würdigung Leibfrieds anlässlich dessen 65. Geburtstages schreibt Dieter Wolf: „Leibfried hat sich in den letzten Jahren zu einem der umtriebigen sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsmanager zumindest in Norddeutschland entwickelt. Das hat diverse institutionelle Spuren hinterlassen. Dabei stecken gut vernetzte Professoren fast automatisch in einem Dilemma: Je mehr sie versuchen, sich als Wissenschaftsmanager aktiv um die nationale und internationale Vernetzung der eigenen Arbeit zu kümmern, desto weniger Zeit haben sie, selber noch eigene empirische Forschung zu betreiben. Je mehr sie aber sich Freiraum für letzteres schaffen, desto weniger gelingt meist die Vernetzung und Etablierung institutioneller Strukturen.“⁷

Diese an sich richtige Beschreibung ist jedoch in zweierlei Hinsicht unvollständig: Zum einen hat Leibfried sich nicht nur um die „nationale und internationale Vernetzung der eigenen Arbeit“ gekümmert, sondern stets die Belange des ZeS im Ganzen im Blick behalten. Die beiden Sonderforschungsbereiche der DFG, an deren

Gelingen er maßgeblich beteiligt war, nämlich „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ (Sfb 186), sowie „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597) schließen Projekte aus mehreren Abteilungen des ZeS ein und bilden so eine Art personell vernetzter Komplementärstruktur. Dasselbe gilt für die beiden sozialwissenschaftlichen Graduiertenkollegs an der Universität Bremen, von denen das zweite schließlich in eine universitätsübergreifende Einrichtung mit *Exzellenzstatus* überführt worden ist. – Zweitens hat Leibfried sich in ungewöhnlich intensiver Weise um die Förderung seiner Schüler bemüht, die in großer Zahl im Rahmen der von ihm eingeworbenen, jedoch größtenteils durch sie selbst verantworteten Drittmittelprojekte zu eigenständigen Wissenschaftlern herangereift sind. Indem er nicht einfach deren gelegentlich umständlich geschriebenen Erstlingswerke der Öffentlichkeit übergab, sondern sie zunächst in lesbare Bücher umarbeitete und dann in erstklassigen Verlagen platzierte, hat er das unter seiner Anleitung konzipierte und gewonnene Wissen öffentlich wirksam gemacht und gleichzeitig das Renommée seiner Schüler gefördert. Mich persönlich hat Stephan Leibfried durch seine uneigennützig Sachlichkeit, und seine fleißige Nachhaltigkeit von Anfang an beeindruckt. Sein Sinn für organisatorische Stärke und die Fruchtbarkeit institutioneller Vernetzungen hat das Zentrum für Sozialpolitik dorthin geführt, wo es heute wissenschaftlich steht: *Als weltweit führendes Institut zur Erforschung sozialpolitischer und wohlfahrtsstaatlicher Zusammenhänge*. Ihren sichtbarsten Ausdruck findet diese führende Stellung in dem von Stephan Leibfried und Herbert Obinger zusammen mit drei angelsächsischen Kollegen herausgegebenen „Oxford Handbook of the Welfare State“, das im kommenden Jahr erscheinen wird.⁸ Es enthält Beiträge von nahezu allen führenden Wohlfahrtsstaatsforschern der Welt und wurde im wesentlichen im ZeS erarbeitet.

Wenn sich Leibfried in absehbarer Zeit zurückzieht, wird der Generationswechsel im ZeS abgeschlossen sein. Dieser vollzog sich allmählich, indem mit Karin Gottschall und Frank Nullmeier bereits seit bald einem Jahrzehnt eine neue Generation von Abteilungsleitern antrat. Die Besetzung

der Abteilungsleiterstellen ist wegen der gleichzeitigen Verankerung der sie besetzenden Professoren in verschiedenen Fakultäten der Universität Bremen stets eine heikle Angelegenheit, denn die Berufungshoheit liegt bei den Fakultäten. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass dank Herbert Obinger und Heinz Rothgang die Nachfolgefrage für Rainer Müller und Stephan Leibfried bereits frühzeitig geklärt werden konnte. Die Schwierigkeiten, eine(n) geeignete(n) Leiter oder Leiterin für die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung zu finden, hängen, wie erwähnt, an der Lage des Faches in Deutschland. Vielleicht sollte man sich da auch einmal im Ausland umsehen. Auf jeden Fall übernimmt die neue Generation der Abteilungsleiter ein wohl bestelltes Haus, zu dessen weiterem Ausbau sie meine besten Wünsche begleiten.

Als einer, der die sozialwissenschaftliche Sozialpolitikforschung von Anfang an mit betrieben hat, erfüllt mich die bisherige Entwicklung des ZeS mit großer Befriedigung. Mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht und dem Zentrum für Sozialpolitik verfügt die akademische Sozialpolitik in Deutschland nun über zwei international führende Einrichtungen, wobei für die Zukunft eine stärkere Zusammenarbeit der rechtswissenschaftlichen und der sozialwissenschaftlichen Perspektive ein Desiderat bleibt.

5. Schlussbemerkungen

Diese Würdigung des Zentrums für Sozialpolitik ist zwangsläufig unvollständig. Unvollständig vor allem hinsichtlich der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter des ZeS, deren für den Erfolg konstitutiver Beitrag überhaupt nicht thematisiert werden konnte. Unvollständig hinsichtlich der Beiträge zur Lehre und Nachwuchsförderung im Rahmen der Universität Bremen. Unvollständig aber auch hinsichtlich der Leistungen des ZeS für die einschlägigen scientific communities. So gibt beispielsweise das ZeS unter der Verantwortung von Karl Hinrichs seit einigen Jahren die bereits im 55. Jahrgang erscheinende Zeitschrift für Sozialreform heraus, die sich von einer primär rechts- und verwaltungswissenschaftlichen zu einer auch international rezipierten sozialwissenschaftlichen Zeitschrift gemausert hat. Unerwähnt blieb auch die institutionalisierte Zusammenarbeit in der Bremer Region, etwa mit dem „Bremer Netzwerk So-

⁷ Wolf, Dieter, 2009: „Vom Detail her denken“, in: Herbert Obinger, Elmar Rieger (Hg.), *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien*. Festschrift für Stephan Leibfried. Frankfurt/New York: Campus, 31.

⁸ Castles, Frank; Leibfried, Stephan; Lewis, Jane; Obinger, Herbert; Pierson, Chris (Hg.), 2010: *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford University Press.

zialwissenschaften“,⁹ dem Zentrum für europäische Rechtspolitik, mit der Jacobs-Universität und dem Hanse Wissenschaftskolleg, sowie die weitreichende internationale Vernetzung des Instituts wie auch zahlreicher seiner Mitarbeiter.¹⁰ Stark unterbelichtet blieb schließlich der Beitrag des ZeS zur Politik- und Praxisberatung. Nicht wenige Mitarbeiter des ZeS sind oder waren in Kommissionen, Netzwerken und Initiativgruppen tätig, die auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems um Einfluss ringen.

Alles in allem glaube ich, dass der

⁹ Vgl. hierzu Zentrum für Sozialpolitik: Tätigkeitsbericht 2002-2004. Bremen: 69 f.

¹⁰ Vgl. hierzu Zentrum für Sozialpolitik: Tätigkeitsbericht 2005-2007. Bremen: 305 ff.

festliche Rahmen, den der Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen diesem Ereignis gegeben hat, eine wohl verdiente Anerkennung für das in 20 Jahren Geschaffene darstellt. Es ist dies gleichzeitig Ausdruck einer besonderen Verbundenheit des Senats mit den sozialpolitischen Erkenntnisinteressen des Instituts. Wenn wir berücksichtigen, wie sehr heute die öffentlichen Diskussionen durch Ergebnisse der Wissenschaften vorstrukturiert werden, so war und ist es von großer auch politischer Bedeutung, dass hier in Bremen eine sozialpolitische Ergänzung zu den bisher dominierenden wirtschaftswissenschaftlichen Instituten geschaffen wurde, von denen nicht weniger als sechs durch das Bundesministerium für Wirtschaft alimentiert

werden.

Wenn ich es richtig sehe, und hier greife ich abschließend eine Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats aus der Gründungsphase auf, lässt angesichts der auch praktischen Bedeutung der Forschungsergebnisse des Zentrums die Öffentlichkeitsarbeit mit Bezug auf die nationalen Medien immer noch etwas zu wünschen übrig. Es wäre wünschenswert, dass die Beziehungen zu den Multiplikatoren, also insbesondere zu sozialpolitisch einflussreichen Kommentatoren systematischer gepflegt würden. Diese angesichts des Geleisteten bescheidene Kritik begleitet meine herzlichsten Glückwünsche zum 20. Geburtstag.

BERICHTE

Soziale Ungleichheit bei Inzidenz und rehabilitativer Behandlung von Bandscheibenerkrankungen

Die Jahresprävalenz für Rückenschmerzen aufgrund bandscheibenbedingter Erkrankungen wird mit knapp 70% angegeben (Krämer 2006, Wottke 2004). Die Schätzungen der durch Rückenschmerzen bedingten Kosten schwanken zwischen 16 und 22 Mrd. Euro (Krämer 2006). Bei ca. einem Fünftel der PatientInnen führt die Erkrankung zur Frühberentung (Wottke 2004). Offene Fragen sind aber, wer letztlich von speziellen Bandscheibenerkrankungen betroffen ist, und, wie die rehabilitative Versorgung aussieht.

Zur Beantwortung der Fragen wurden auf Basis der GEK-Routinedaten/Krankenkassendaten, soziale Unterschiede in der Inzidenz und in der Behandlungsrate mit rehabilitativen Maßnahmen gemessen (Bauknecht/Braun/Müller 2009). Die Bandscheibenerkrankungen wurden dafür differenziert in: zervikale Bandscheibenschäden (ICD10: M50.1), zervikale Bandscheibenverlagerungen (M50.2), lumbale und sonstige Schäden (M51.1) und sonstige Bandscheibenverlagerungen (M51.1).

Die speziellen Fragen, die sich stellten, sind:

- Wie häufig sind die speziellen Bandscheibenerkrankungen?
- Wer wird krank?

- Welche rehabilitativen Maßnahmen erfolgen?
- Wer bekommt rehabilitative Maßnahmen?

Jeder 20. Versicherte bekommt im Jahr mindestens einmal eine solche Diagnose. Die Mehrzahl der Diagnosen bezieht sich dabei auf Bandscheibenerkrankungen im unteren Wirbelsäulenbereich (lumbale Bandscheibenschäden und -verlagerungen).

Neuerkrankungen treten mit steigendem Alter häufiger auf. Im höheren Alter nimmt die Inzidenzrate wieder ab. Die Wahrscheinlichkeit einer Neuerkrankung ist im Alter von 50-59 bei drei der vier Erkrankungen am höchsten. Nur bei den lumbalen Bandscheibenschäden liegt die höchste Wahrscheinlichkeit für eine Neuerkrankung im Alter von 70-79 Jahren. Erwerbspersonen sind im Vergleich zu Nicht-Erwerbspersonen im gleichen Alter um ca. 30 % mehr betroffen.

Zu den häufigsten Therapieformen gehören die Heilmittel. Jeder zweite Patient bekommt Krankengymnastik, jeder vierte Patient Wärme- oder Kälthetherapie und ca. jeder sechste Patient Massagen verordnet. Rehabilitationsmaßnahmen sind deutlich seltener als Verordnungen von Heilmitteln. Knapp 3% der im unteren Wirbelsäu-

lenbereich neu erkrankten Versicherten erhalten Rehabilitationsleistungen. Bei Schäden im oberen Wirbelsäulenbereich liegt der Anteil unter 1%.

Erwerbspersonen erhalten auffällig häufiger und mehr Rehabilitationsleistungen als Nicht-Erwerbspersonen. Auffällig ist zudem, dass sich dieser Unterschied mit höherem beruflichem Status deutlicher präsentiert. So ist die Wahrscheinlichkeit für versicherte Techniker und qualifizierte Angestellte, bei lumbalen Bandscheibenschäden und -verlagerungen eine Rehabilitationsmaßnahme zu erhalten, 1,9-mal bis 3,5-mal so hoch wie für nicht erwerbstätige Versicherte und Erwerbspersonen mit geringerer Qualifikation. Da Frauen seltener erwerbstätig sind, gehören sie insbesondere zu der Gruppe, die weniger Rehabilitationsleistungen erhält. Ob es sich dabei um eine selektive Verordnung durch Ärzte, die sozial ungleiche Bewilligungspraxis von Sozialversicherungsträgern oder um Folgen von Entscheidungen der Versicherten (z.B. Kinder erziehender Frauen) handelt, ist hier nicht zu klären. Frauen erhalten dafür häufiger Heilmittelverordnungen.

Es gibt also in der Bevölkerung einerseits Unterschiede in der Erkrankungshäufigkeit mit speziellen Band-

scheibenschäden und andererseits nach sozialem Status unterschiedliche rehabilitative Behandlungshäufigkeiten dieser Erkrankungen. Vor dem Hintergrund einer medizinischen Sinnhaftigkeit der rehabilitativen Maßnahmen ist zu klären, inwieweit sich die unterschiedlichen Maßnahmen substituieren und es unterschiedliche Bereitschaften gibt, die Leistungen zu erbringen bzw. zu finanzieren. Unter der Prämisse der Gleichheit der Menschen sollten Versorgungsungleichheiten minimiert werden.

Literatur

- Bauknecht, Maren; Braun, Bernard; Müller, Rolf, 2009: *GEK-Bandscheiben-Report*. St. Augustin: Asgard.
- Krämer, Jürgen, 2006: *Bandscheibenbedingte Erkrankungen. Ursachen, Diagnose, Behandlung, Vorbeugung, Begutachtung*. Stuttgart: Thieme.
- Wottke, Dietmar, 2004: *Die große orthopädische Rückenschule. Theorie, Praxis, Didaktik*. Berlin: Springer.

Kontakt

Rolf Müller
Telefon: 0421/218-4360
rmint@zes.uni-bremen.de

Maren Bauknecht
Telefon: 0421/218-3311
mbauknecht@zes.uni-bremen.de

Bernard Braun
Telefon: 0421/218-4359
bbraun@zes.uni-bremen.de

Versorgungsforschung mit Kassendaten

Die Versorgungsforschung mit Kassendaten hat an der Universität Bremen schon eine lange Tradition. An der Universität Bremen, im Zentrum für Sozialpolitik und auch im 2001 ausgelaufenen Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ wird seit über 25 Jahren Versorgungsforschung mit Kassendaten betrieben. Versorgungsforschung wird definiert als „die wissenschaftliche Untersuchung der Versorgung von Einzelnen und der Bevölkerung mit gesundheitsrelevanten Produkten und Dienstleistungen unter Alltagsbedingungen“ (Arbeitskreis „Versorgungsforschung“ 2004: 2). Sie unterscheidet sich damit von den klinischen Studien, welche ausschließlich die Wirksamkeit von Therapiemaßnahmen unter Idealbedingungen erforschen. In den Anfängen wurde die Forschung noch nicht so genannt, sondern mit den jeweiligen Projekttiteln versehen, aber heute gibt es direkt einen Arbeitsbereich „Versorgungsforschung mit Kassendaten“ in der Abteilung „Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“ des ZeS.

Während klinische Studien sehr weit verbreitet sind und beispielsweise für die Zulassung von Medikamenten eine besondere Rolle spielen, gibt es über die Versorgung im Alltag noch sehr große Wissenslücken. Im Alltag funktioniert die medizinische Versorgung oftmals anders als geplant. Hier spielt die Kooperationsbereitschaft aller Individuen im System eine große Rolle. Was nützt die Verordnung von Medikamenten, wenn diese nicht eingenommen werden? Oftmals lässt es sich nicht vorhersagen, welche Folgen Multimorbidität auf die Therapie einer Einzelerkrankung hat. Welche Kosten

entstehen letztendlich wirklich durch die Einführung neuer Medikamente oder neuer Versorgungsstrukturen? Strukturveränderungen wurden in aller Regel politisch durchgesetzt, ohne dabei wissenschaftlich evaluiert zu werden.

Es gibt viele Initiativen, die die Notwendigkeit der Versorgungsforschung sehen und fördern. Dazu gehören das Forschungsprogramm des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (BMBF 2006) ebenso wie der jährlich stattfindende Deutsche Kongress für Versorgungsforschung (DKVF), die Gründung des Deutschen Netzwerkes Versorgungsforschung (DNVF o.J.), die Erstellung von „Memoranden zur Versorgungsforschung“ durch die Vertreter der Fachgesellschaften oder die Förderinitiative der Bundesärztekammer (Bundesärztekammer 2006).

Inhalt der Versorgungsforschung ist bei allen Initiativen immer, die Versorgungssituation zu beschreiben, alte Versorgungskonzepte zu vergleichen und zu bewerten sowie neue Konzepte zu entwerfen und zu evaluieren. Dazu ist es notwendig oder nützlich, die Bedarfsstruktur, die Nachfrage und das Versorgungsangebot zu kennen sowie vorhandene Versorgungsstrukturen und ihre Wirkungsweisen beschreiben zu können, um darauf aufbauend neue Konzepte zu entwickeln und zu evaluieren.

Kassendaten können vielerlei Fragen der Versorgungsforschung beantworten. Sie beinhalten Informationen über die Inanspruchnahmen, über diagnostizierte Erkrankungen, über Therapieformen und können dadurch den gesamten Versorgungsverlauf individuenbezogen im Längsschnitt

abbilden. Verglichen mit anderen Datenquellen ergeben sich dabei einige Vorteile:

- Die Daten sind für große Beobachtungsgruppen für lange Zeiträume vorhanden.
- Es handelt sich um nicht-reaktive Daten, d.h. es fehlt ein Beobachtereinfluss (kein Interviewer-, Beobachter- und Gedächtnisbias).
- Es gibt kein Non-Response, da keine Selbstselektion von Ärzten und Patienten möglich ist.
- Durch routinemäßige Erfassung von Abrechnungsbelegen existiert eine gewisse Vollständigkeit der Informationen.
- Seltene Ereignisse können analysiert werden.
- Es handelt sich um personenbezogene Verlaufsdaten, mit denen die Abfolge von Ereignissen – auch sektorübergreifend – untersucht werden kann.

Obwohl die Daten der Krankenkassen einige Vorteile bieten, insbesondere sektorübergreifend die Versorgung abbilden, schnell verfügbar und kostengünstig sind, bleibt die Versorgungsforschung mit Kassendaten noch überschaubar. Im Wesentlichen liegt es daran, dass diese Daten keine frei verfügbaren Daten sind, sondern dem Datenschutz unterliegen und daher durch die Datenherren auch nur in eigenen oder wenigen externen Forschungsinstituten ausgewertet werden.

Bedeutende aktuelle Arbeiten sind die jährlich erscheinenden Reporte über sektorspezifische Versorgungsleistungen: Arzneimittel (zuletzt: Glaeske/Schick Tanz/Janhsen 2009), Heil- und Hilfsmittel (Kemper/Koller/

Glaeske 2009), Pflege (Rothgang et al. 2008, 2009). Zudem werden aber auch krankheitsspezifische Untersuchungen angestellt und damit auch ganze Versorgungsverläufe analysiert (z.B. Bauknecht/Müller/Braun 2009) oder soziale Unterschiede in Mortalität und Morbidität im Längsschnitt gemessen (z.B. Brockmann/Müller/Helmert 2009) oder der Einfluss von Rahmenbedingungen auf die Versorgungsstruktur untersucht (u.a. Braun/Müller 2006; Braun/Buhr/Müller 2008; Braun et al. 2009).

Die aus den Reihen der seit Jahren tagenden „Arbeitsgruppe Erhebung und Nutzung von Sekundärdaten (AGENS)“ stammenden Leitlinien „Gute Praxis Sekundärdatenanalyse (GPS)“ (AGENS 2008), das von AGENS-Mitgliedern herausgegebene Handbuch Sekundärdatenanalyse (Swart/Ihle 2005), der vom ZeS veranstaltete Workshop „Analyse von GKV-Daten“ (ZeS 2005), der Methodenreader zur Nutzung von Kassendaten (Müller/Braun 2006) sowie die Workshops der AGENS (AGENS 2009) zeigen schließlich die Bereitschaft und Möglichkeiten einer kritischen Selbstreflexion und Evaluation der Versorgungsforschung mit Kassendaten.

Es ist also insgesamt schon viel erreicht. Es sind die Datensätze gehoben, Methoden entwickelt, Kooperationen aufgebaut und schon etliche Versorgungsforschungen auf Basis der Kassendaten durchgeführt worden. Die Zukunft bietet dennoch viele Gestaltungsoptionen. So könnten die Analysen noch routinierter durchgeführt werden. Es könnte ein Monitoringsystem für bestimmte Erkrankungen eingeführt werden. Außerdem bieten sich Kostenkalkulationen für unterschiedliche Behandlungsprozeduren bei gleicher Erkrankung an usw. Die Liste der gesundheitsrelevanten und gesundheitsökonomischen Aspekte in der Versorgungsforschung ist schier unbegrenzt, aber auch im Sinne der Kostenträger, der Leistungserbringer und nicht zuletzt der Patienten von großer Bedeutung. Es wäre daher zu wünschen, dass die Versorgungsforschung mit Kassendaten eine noch breitere Unterstützung erfährt.

Literatur

- Arbeitsgruppe Erhebung und Nutzung von Sekundärdaten (AGENS), 2008: "GPS – Gute Praxis Sekundärdatenanalyse. Revision nach grundlegender Überarbeitung", in: *Gesundheitswesen* 70: 54-60. Auch erhältlich unter: <http://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/media/GPS.pdf>
- Arbeitsgruppe Erhebung und Nutzung von Sekundärdaten (AGENS), 2009: *AGENS Methoden Workshop 2009*. URL: http://bsph.charite.de/fileadmin/user_upload/microsites/sonstige/bsph/Sonstiges/AGENS_2009_Flyer.pdf [aktuell am 17.10.2009]
- Arbeitskreis „Versorgungsforschung“ beim Wissenschaftlichen Beirat der Bundesärztekammer, 2004: *Definition und Abgrenzung der Versorgungsforschung*. URL: http://www.versorgungsforschung.nrw.de/versorgungsforschung/content/e54/e104/e259/object260/Def_Versorgungsforsch_2004_BAEK.pdf [aktuell am 17.10.2009]
- Bauknecht, Maren; Braun, Bernard; Müller, Rolf, 2009: *GEK-Bandscheiben-Report*. Versorgungsforschung mit GEK-Routinedaten. GEK-Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 70. St. Augustin: Asgard.
- Braun, Bernard; Buhr, Petra; Klink, Sebastian; Müller, Rolf, u. a., 2009: *Pauschalpatienten, Kurzlieger und Draufzähler – Auswirkungen der DRGs auf Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus*. Bern: Huber.
- Braun, Bernard; Buhr, Petra; Müller, Rolf, 2008: *Pflegearbeit im Krankenhaus. Ergebnisse einer wiederholten Pflegekräftebefragung und einer Längsschnittanalyse von GEK-Routinedaten*. GEK-Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 60. St. Augustin: Asgard.
- Braun, Bernard; Müller, Rolf, 2006: *Versorgungsqualität im Krankenhaus aus der Perspektive der Patienten*. GEK-Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 46. St. Augustin: Asgard.
- Brockmann, H.; Müller, Rolf; Helmert, Uwe, 2009: *Time to retire - time to die? A prospective cohort study on the effects of early retirement and long-term survival*. In: *Social Science & Medicine*. URL: <http://dx.doi.org/10.1016/j.socscimed.2009.04.009>; DOI information: 10.1016/j.socscimed.2009.04.009
- Bundesärztekammer, 2006: *Förderinitiative der Bundesärztekammer zur Versorgungsforschung*. URL: <http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.6.3289.3308> [aktuell am 05.11.2009].
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), 2006: *Versorgungsforschung*. URL: <http://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/1227.php> [aktuell am 17.10.2009]
- Deutsches Netzwerk Versorgungsforschung (DNVF), ohne Jahr: *Geschichte*. URL: <http://www.netzwerk-versorgungsforschung.de/?q=node/7> [aktuell am 17.10.2009]
- Glaeske, Gerd; Schickel, Christel; Janhsen, Katrin, 2009: *GEK-Arzneimittel-Report 2009. Auswertungsergebnisse der GEK-Arzneimitteldaten aus den Jahren 2007 bis 2008*. GEK-Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 68. St. Augustin.
- Kemper, Claudia; Koller, Daniela; Glaeske, Gerd, 2009: *GEK-Heil- und Hilfsmittelreport 2009. Auswertungsergebnisse der GEK-Heil- und Hilfsmitteldaten aus den Jahren 2007 und 2008*. GEK-Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 72. St. Augustin.
- Müller, Rolf; Braun, Bernard (Hg.), 2006: *Vom Quer- zum Längsschnitt mit GKV-Daten*. GEK-Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 51. St. Augustin: Asgard.
- Rothgang, Heinz; Borchert, Lars; Müller, Rolf; Unger, Rainer, 2008: *GEK-Pflegereport 2008. Schwerpunktthema: Medizinische Versorgung in Pflegeheimen*. GEK-Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 66. St. Augustin: Asgard.
- Rothgang, Heinz; Kulik, Dawid; Müller, Rolf; Unger, Rainer, 2009: *GEK-Pflegereport 2009. Regionale Unterschiede in der pflegerischen Versorgung*. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 73. St. Augustin: Asgard.
- Swart, E.; Ihle, P., (Hg.), 2005: *Routinedaten im Gesundheitswesen. Handbuch Sekundäranalysen: Grundlagen, Methoden und Perspektiven*. Bern, Hans Huber.
- Zentrum für Sozialpolitik (Hg.), 2005: *Analyse von GKV-Daten. Historie, Anwendungsbeispiele und Perspektiven Workshop am 19. und 20. Mai 2005*. Referate erhältlich unter: <http://www.zes.uni-bremen.de/>

Kontakt

Rolf Müller
0421/218-4360
rmint@zes.uni-bremen.de

RECOWO/ESPAnet Summer School 2009

Social Inclusion and Exclusion in a Changing Europe

25 Doktorandinnen und Doktoranden sowie zahlreiche internationale ForscherInnen kamen vom 2. Juli bis zum 11. Juli anlässlich der diesjährigen RECOWO/ESPAnet Summer School nach Bremen.

Thema der Veranstaltung, die vom ZeS (Karin Gottschall, Karl Hinrichs) in Zusammenarbeit mit der Bremen International Graduate School of Social Sciences (Jan-Ocko Heuer, Philine Weyrauch) organisiert wurde, waren soziale Exklusion und Politiken der Inklusion sowie deren Wandel. Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem Zusammenhang von Migration und Exklusionsrisiken.

Die Summer School bot ein vielfältiges Programm aus Vorlesungen, Übungen, Doktorandenworkshops sowie eine Poster-Session und ermöglichte den Teilnehmern auf diese Weise eine intensive Beschäftigung sowohl mit den individuellen Forschungsprojekten als auch mit aktueller Forschung zum Themenbereich. Die Methodenausbildung der Doktoranden bildete einen weiteren Programmschwerpunkt. Die folgenden Ausführungen geben, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, einen Einblick in das Programm.

Nach einem gelungenen Auftakt im Teerhof bei einem köstlichen Sommer-Buffer und hohen Temperaturen eröffnete Steffen Mau die an der BIGSSS stattfindende Reihe der Vorlesungen mit einem Vortrag über 'Migration, Ethnic Diversity and Welfare State Solidarity'. Ein weiterer Höhepunkt der Summer School war die Vorlesung von Markus Grabka (DIW) über 'Income Distribution and Poverty', die die Doktoranden zu kritischer Auseinandersetzung mit Möglichkeiten der Messung von Armut und Exklusion anregte und zu intensiven Diskussionen führte.

Waltraud Scheklik von der LSE führte mit einem Vortrag zu 'New Risks of Exclusion: On the Interface of Finance and Social Policy' in ein bisher wenig beachtetes Gebiet der Sozialforschung ein. In der anschließenden Gruppenarbeit durften die Studenten Politikempfehlungen für Arbeits- und Sozialminister in Zeiten der Wirtschaftskrise erarbeiten, die in einer Vollversammlung dem allgemeinen Votum unterstellt wurden.

Einen Beitrag zur Methodenausbildung bot Wim van Oorschot (Uni-

versität Tilburg), der den Teilnehmern die EDACwowe Meta-Data-Shell vorstellte und sie anhand von Übungsaufgaben in Kleingruppen mit diesem Angebot vertraut machte. Auch der Doppelvortrag von Herbert Obinger (ZeS) und Francis G. Castles (Australian National University Canberra) zu 'Social Expenditures and Redistribution' sowie zu 'What Welfare States Do: A Disaggregated Expenditure Analysis' regte zu methodologischer Reflexion an. In einer Übung waren die DoktorandInnen anschließend aufgefordert, die Beziehung zwischen Sozialausgaben und sozialer Exklusion im internationalen Vergleich zu untersuchen.

Neu im Programm der Summer School war eine Poster-Session, die unter freiem Himmel im Innenhof der BIGSSS stattfand und bei der sich die Teilnehmer informell und individuell über ihre Forschungsprojekte austauschen und in Kontakt kommen konnten. Die Teilnahme von Doktoranden der BIGSSS, die sich die weitgeleiteten Poster anschauten, trug zum Gelingen dieser Open Air-Präsentation bei. Ebenfalls um die individuellen PhD-Projekte drehte sich die Arbeit in fünf Kleingruppen, die von Tutoren aus ZeS, BIGSSS und aus dem Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel" (Sfb 597) geleitet und von den TeilnehmerInnen als sehr hilfreich bewertet wurden.

Entspannung und Abwechslung bot das kulturelle Rahmenprogramm der Summer School, das sich thematisch ins Programm fügte: Bei einem Kinoabend im Kino 46 konnten die TeilnehmerInnen in „Verrückt nach Paris" dem Ausflug dreier behinderter Menschen nach Paris folgen. Zu diesem Ausflug gesellten sich auch BIGSSS-Fellows, ZeS-Mitglieder und Sfbler. Die anschließende Diskussion mit Regisseur Eike Besuden bot einen Einblick in die Hintergründe und den Dreh des humorvollen „Road Movie", der in Zusammenarbeit mit dem Blau-meier-Atelier, einem Bremer Integrationsprojekt, entstanden ist und bei den Zuschauern auf großes Interesse und Anerkennung stieß.

Auch bei einem Ausflug nach Bremerhaven ließ sich akademisches Lernen und Entdeckergeist gut verbinden: Arnold Knigge, Mitglied des ZeS-Beirats, führte in die Besonderheiten des Bremer Stadtstaates und seiner Historie ein, bevor er mit sei-

nem Vortrag zur Rolle und Zukunft der Wohlfahrtsverbände in Deutschland fortfuhr. Wie diese Rolle eingenommen wird, zeigte Sabine Pohlmann von der AWO Bremerhaven, indem sie verschiedene Projekte zur Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und zur Mikrokreditvergabe vorstellte. Der Nachmittag war im Bremerhavener Auswanderermuseum ganz dem Thema der deutschen Emigration gewidmet.

Dem überaus positiven Feedback der Summer School-Teilnehmer in der abschließenden Evaluation sowohl in Bezug auf die Inhalte als auch den Ablauf der Veranstaltung und die gute Atmosphäre können wir uns nur anschließen. Wir bedanken uns herzlich bei allen beteiligten Personen und Institutionen, die wesentlich zum Gelingen der diesjährigen RECOWO/ESPAnet Summer School beigetragen haben.

Kontakt

Karin Gottschall
Telefon: 0421/218-4402
k.gottschall@zes.uni-bremen.de

Karl Hinrichs
Telefon: 0421/218-4063
hinrichs@zes.uni-bremen.de

Jan Heuer
Telefon: 0421/218- 4157
jheuer@uni-bremen.de

Philine Weyrauch
Telefon: 0421/218-66375
pweyrauch@bigsss.uni-bremen.de

Psychische Erkrankungen bei Kindern und älteren Menschen – Evidenz für adäquate Diagnostik und angemessene Versorgung

4. Medizinkongress der Gmünder ErsatzKasse GEK und des Zentrums für Sozialpolitik
am 14. Juli 2009 in der Katholischen Akademie, Berlin

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Gerd Glaeske fand der 4. Medizinkongress der Gmünder ErsatzKasse GEK und des Zentrums für Sozialpolitik am 14. Juli 2009 in Berlin statt. Zum Thema „Psychische Erkrankungen bei Kindern und älteren Menschen – Evidenz für adäquate Diagnostik und angemessene Versorgung“ wirkten als Referenten u.a. mit:

Prof. Dr. Gerd Glaeske (Universität Bremen), Dr. Helmut Bonney (Systemisches Seminar Heidelberg), Prof. Dr. Ulrike Lehmkuhl (Charité Berlin), Prof. Dr. Wolfgang Maier (Universitätsklinikum Bonn), Prof. Dr. Wolfgang von Renteln-Kruse (Albertinen-Haus Hamburg), Prof. Dr. Rainer Richter (Bundespsychotherapeutenkammer).

Über 180 Fachleute aus Medizin, Politik, Wissenschaft und Verbänden diskutierten zum Thema und kamen zu folgenden Ergebnissen: Medizinische Versorgung muss sich auf ein gewandeltes Erkrankungsspektrum und einen erhöhten Behandlungsbedarf einstellen. Generationenspezifische Diagnosen wie Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS), Demenzen und Altersdepressionen bekommen eine immer grö-

ßere Bedeutung. Die drei Krankheitsbilder korrelieren mit zunehmenden Komorbiditäten, für die es nur bedingt eine leitliniengerechte Behandlung gibt und die eine angemessene Arzneimitteltherapie erfordern. Die Versorgungsforschung – und dazu zählt der Medizinkongress – soll dazu dienen, die bestehende Über-, Unter- und Fehlversorgung in diesem Bereich zu verringern.

Der 5. Medizinkongress findet zum Thema „Arzneimittelbewertung, Arzneimittelversorgung und Finanzierung der Arzneimitteltherapie – Nutzen, Schaden, Risiken“ am 6. Juli 2010 wieder in Berlin statt.



Kontakt

Cornelia Trittin
Telefon: 0421/218-4995
ctrittin@zes.uni-bremen.de

Gerd Glaeske
Telefon: 0421/218-4401
gglaeske@zes.uni-bremen.de



8. AbsolventInnentag im Bachelorstudiengang Public Health

Am 6.11.2009 fand bereits zum achten Mal der AbsolventInnentag des Bachelorstudiengangs Public Health im Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen statt. Die Veranstaltung verabschiedete feierlich mit ca. 100 Gästen die AbsolventInnen des Studiengangs.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete wieder die Verleihung des „GEK-Hansepreises“. Die Gmünder ErsatzKasse zeichnet jedes Jahr die fünf besten Bachelorarbeiten aus, die

sich mit allgemein wichtigen Versorgungsthemen in unserem Gesundheitssystem beschäftigt haben. Die diesjährigen PreisträgerInnen sind: Marnie Borrmann, Julia Fleige-Völker, Jens Hoebel, Jana Meidl und Ulrike Pernack.

Die Abstracts der eingereichten Bachelorarbeiten wurden wieder in einem Sammelband veröffentlicht, der bei Bedarf gerne angefordert werden kann.

Kontakt:

Cornelia Trittin
Telefon: 0421/218-4995
ctrittin@zes.uni-bremen.de

Die Zukunft der Sozialversicherungssysteme in Russland und in Deutschland

*Zweite Tagung des deutsch-russischen Expertenkreises „Soziale Politik gestalten“
am 14. und 15. Oktober 2009 in Bremen*

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation und dem Institut für Wirtschaft an der Russischen Akademie der Wissenschaften führte das Zentrum für Sozialpolitik am 14. und 15. Oktober einen zweiten Workshop im Rahmen des deutsch-russischen Expertenkreises "Soziale Politik gestalten" durch.

Nachdem 2008 beim Moskauer Gründungstreffen das Großthema „Arbeit“ im Vordergrund stand und u.a. die grundlegenden Begrifflichkeiten und Dimensionen des Ländervergleiches abgesteckt wurden, befasste sich das diesjährige Treffen mit der Zukunft der Sozialversicherungssysteme in Russland und Deutschland. Die Fragen der vom ZeS-Sprecher Frank Nullmeier moderierten Tagung

orientierten sich dabei an den unterschiedlichen Funktionen der Sozialversicherungssysteme, der Rolle der russischen und der deutschen Sozialpartner sowie den aktuellen und zukünftigen Finanzierungsmodellen in beiden Ländern. In einer öffentlichen Veranstaltung am 15.10. wurde außerdem die Publikation der Ergebnisse des ersten deutsch-russischen Gesprächskreises vorgestellt. Der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, selbst ein international erfahrener Gewerkschafts- und Sozialpolitiker, betonte zu diesem Anlass die Wichtigkeit der deutsch-russischen Zusammenarbeit und ihren Niederschlag in dem Tagungsband.

Rückblickend darf auch die zweite deutsch-russische Tagung sowohl in inhaltlicher Hinsicht, aber auch mit

Blick auf die Festigung eines grenzübergreifenden Expertennetzwerkes als voller Erfolg gewertet werden: Neben Mitgliedern des ZeS nahmen an dem Treffen bedeutende Vertreter des föderalen Sozialversicherungsfonds Moskau, des Instituts für Sozialversicherung der Russischen Akademie der Wissenschaften und des Ausschusses für zivilgesellschaftliche Entwicklungen teil.

Kontakt

Frank Nullmeier
Telefon: 0421/218-4051
frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

Jahrestagung der Zeitschrift für Sozialreform

Anlässlich der ZeS-Jubiläumsveranstaltung im Oktober dieses Jahres wurde auch die Jahrestagung der Zeitschrift für Sozialreform (ZSR) in Bremen abgehalten. Die ZSR kann 2009 selbst einen ‚runden‘ Geburtstag feiern: Die Zeitschrift besteht seit 55 Jahren und wird seit 5 Jahren redaktionell vom Zentrum für Sozialpolitik betreut.

Für den kommenden Jahrgang haben die Herausgeber und Beiräte einige Neuerungen beschlossen. So wird es ab nun einen jährlichen Call for special issues geben: die Redaktion lädt ein, Vorschläge für Schwerpunktthemen einzureichen. Unter den eingegangenen Vorschlägen wählen die Herausgeber und Beiräte den für die Zeitschrift interessantesten Vor-

schlag aus. Der Gewinner erhält die Möglichkeit, an verantwortlicher Stelle bei der Erstellung des Schwerpunktheftes mitzuwirken. Der Call for special issues mit weiteren Details zum Verfahren wird demnächst bekannt gegeben. Interessierte können sich schon jetzt bei der Redaktion melden.

Neu ist darüber hinaus das online-Angebot der ZSR. Ältere Beiträge (gegenwärtig die Jahrgänge 2004-2006) stehen ab sofort zum freien download zur Verfügung.

Wer regelmäßig über die Neuerscheinungen der ZSR informiert werden will, kann den ZSR-Newsletter abonnieren. Der Newsletter erscheint viermal im Jahr und enthält Informationen über die Autoren sowie die abstracts der neuen Beiträge.

Für weitere Informationen

ZSR - Redaktion

Karl Hinrichs und Tanja Klenk
Telefon: 0421/218-4370
zsr@zes.uni-bremen.de

siehe auch: www.z-sozialreform.de

Geschlechterdynamik in Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik

Internationale Konferenz mit 25 Expertinnen vom 18.-20. September 2009
im Hanse-Wissenschaftskolleg in Delmenhorst

Die Geschlechterdynamik in Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik ist von widersprüchlichen Entwicklungen geprägt. Einerseits haben Frauen in den industrialisierten Ländern bei Bildung, Ausbildung und dem Zugang zu hoch qualifizierten Berufen deutlich aufgeholt. Andererseits sind sie in Spitzenpositionen in Wirtschaft und Wissenschaft nach wie vor in der Minderheit. Gleichzeitig verschärfen sich im Zuge von Wirtschaftskrise und Sozialstaatsabbau gravierende Benachteiligungen: So dominieren Frauen bei den wachsenden niedrig entlohnenden Tätigkeiten, sie werden häufiger arbeitslos oder haben größere Probleme, in reguläre Beschäftigung zurückzukehren. Allerdings hat Frauenbenachteiligung verschiedene „Gesichter“: So ist der Aufstieg in Managementpositionen in den USA leichter als Deutschland; hierzulande aber sind Frauen weniger von Niedrigentlohnung betroffen als in den USA. In Deutschland wie in Frankreich weiten sich flexible und wenig gesicherte Arbeitsformen aus. Die damit verbundenen sozialen Risiken sind jedoch für Frauen in Deutschland höher als in Frankreich. Wirtschaftskri-

se und Auflösung traditioneller Familienformen finden sich in allen Industrienationen. Sie wirken sich in Japan jedoch stärker auf die soziale Lage von Frauen aus als in Westeuropa.

In welche Richtung weisen diese Entwicklungen? Wie lassen sich Unterschiede erklären? Eine internationale Konferenz wollte zur Bestandsaufnahme und Analyse dieser vielschichtigen Entwicklungsdynamiken beitragen. Dafür trafen sich vom 18. bis 20. September am Hanse-Wissenschaftskolleg in Delmenhorst renommierte Wissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlerinnen aus Japan, Nordamerika und Europa, um neue Forschungsergebnisse vorzustellen und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Veränderungen im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik im Ländervergleich zu diskutieren. Initiatorin dieser Konferenz war Professorin Karin Gottschall, Hochschullehrerin für Soziologie an der Universität Bremen und Abteilungsleiterin am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS).



Hanse-Wissenschaftskolleg
Institute for Advanced Study

Kontakt

Karin Gottschall
Telefon: 0421/218-4402
k.gottschall@zes.uni-bremen.de

Heidi Müller-Henicz
Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK)
Telefon.: 04221/9160 214
hmuehenicz@h-w-k.de

BERICHTE / PROJEKTE



EUROPÄISCHE UNION
Investition in unsere Zukunft
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung

Die Senatorin für Arbeit, Frauen,
Gesundheit, Jugend und Soziales



Freie
Hansestadt
Bremen

Landesinitiative Arbeits- und Gesundheitsschutz EFRE Ziel 2 LernbauNet

Vor dem Hintergrund der Gesamtdeutschen Arbeitsschutzkonferenz (GDA) und deren Schwerpunktthemen „Die Verringerung der Häufigkeit und Schwere von Arbeitsunfällen“ und „Die Verringerung von Muskel-Skeletterkrankungen“ sollen in dem hier geplanten Projekt in Bausteinen in dem bereits bestehenden LernBau-Netzwerk nach Faktoren für eine gute Zusammenarbeit und Lernstrategie zwischen Firmen, Auftraggebern, Arbeitsschutzinstitutionen (BG, Gewerbeaufsicht) sowie Sozialpartnern (Krankenkassen, Gewerkschaften, Verbände) gesucht werden. Aus diesen Analysen auf regionaler Netzwerkebene werden bereits vorhandene

Instrumente für ein Netzwerk ausgebaut und neue Strategien entwickelt. Hierzu sollen aber auch nach neuen Umsetzungen der in LernBau geplanten Instrumente im EU-Bereich gesucht werden, die angepasst die Handlungs- und Lernstrategien des Bremer Netzwerkes unterstützen bzw. auch verbessern können. Diese neu- und fortentwickelten Instrumente werden dann auf Ihre Praktikabilität bei den verschiedenen Netzwerkakteuren bis zu den Baustellen erprobt und evaluiert. Dabei wird die Unterstützung der Auftraggeber, Arbeitsschutzinstitutionen und Sozialpartner hinsichtlich des Wissenserwerbs sowie zeitlicher und personeller Ressourcen zu einem

arbeits- und wettbewerbspolitisch relevanten Faktor für die Umsetzung von Sicherheit und Gesundheit in den Bauprojekten von Seiten der beauftragten Klein- und Mittelunternehmen. In den Vordergrund rückt auch die soziale Integration des kleinen oder mittleren Unternehmens in ein nachhaltiges Netzwerk, innerhalb dessen über den Austausch von Sicherheits- und Gesundheitsressourcen eine langfristige, ökonomische und auch sozial verlässliche Dienstleistungsbeziehung aufgebaut und möglichst erhalten wird.

An dem Netzwerk „LernBau“ beteiligen sich aktuell mehrere Bauunternehmen (Straßen- und Tiefbau,



Universität Bremen

Hochbau), Auftraggeber, die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen, die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft, aber auch überbetriebliche Ausbildungsträger (Bau ABC Rostrup) sowie Branchenverbände und Kammern. Dazu sollen die IG BAU sowie eine Krankenversicherung als Sozialpartner gewonnen werden. Das bisherige Netzwerk setzt neben der Etablierung eines auf Sicherheit und Gesundheit abzielenden Netzwerks auf die Austauschmöglichkeiten von Wissen zwischen den verschiedenen Partnern und initiiert bereits einen Austausch über Sicherheit und Gesundheit im Netzwerk. Hierdurch wer-

den zum einen das Management von Auftraggeber- und Fachfirmen, aber auch sozialpolitische Entscheidungsträger aus der Region und den Branchenverbänden (z.B. Bauindustrieverband) für Sicherheit und Gesundheit sensibilisiert. Zum anderen wurden Beschäftigte von der Bauleitung bis zum Mitarbeiter auf den Baustellen qualifiziert sowie Regelungen für den Wissensaustausch über Sicherheit und Gesundheit im Netzwerk aufgebaut.

Das Projekt bietet somit die Chance, anwendungsorientierte Handlungsempfehlungen für Klein- und

Mittelbetriebe, Auftraggeber, Arbeitsschutzinstitutionen und Sozialpartner aufzuzeigen und für die regionale Entwicklung zu erproben bzw. bereits im Netzwerk entwickelte Handlungsstrategien zu verbessern.

Kontakt

Wolfgang Ritter
Telefon: 0421/218-3159
writter@zes.uni-bremen.de



Herausforderung Arbeitsschutz
Illustration: Peter Puck

siehe auch: www.lernbau-bremen.de

Entscheidungsprozesse in politischen Gremien: Interessenheterogenität, Machtverteilung, Mehrheitsbildung und Verbindlichkeitsherstellung

Aufgabe der Arbeit in politischen Gremien ist es, Beschlüsse zu fassen, die Anspruch auf verbindliche Geltung erheben. Wie aber werden solche Einigungen überhaupt erzielt? Auf welche Handlungsweisen greifen die Beteiligten zurück, damit das Herstellen einer gemeinsamen Festlegung gelingt? Wie wird aus einem Vorschlag schließlich ein Beschluss? Wie werden Alternativen erzeugt und im Entscheidungsverlauf wieder zurückgewiesen? Welche Alternative der von verschiedenen Gremienmitgliedern präferierten Optionen setzt sich durch? Wie verhalten sich Gremienmitglieder in Abhängigkeit von Ausmaß ihrer Betroffenheit durch eine Entscheidung?

Durch das Studium von Entscheidungsprozessen in Gremien unter Laborbedingungen wird in diesem Projekt versucht, einige Mechanismen der kollektiven Entscheidungsfindung analytisch zu isolieren und zu identifizieren. Im Zentrum des Forschungsinteresses stehen Fragen zum Ablauf von Entscheidungsprozessen, des Einflusses von Kommunikationsstrukturen und Informationsasymmetrien sowie Gerechtigkeitsüberlegungen.

Gefördert wird das Projekt durch die NOWETAS-Stiftung, in der die Universität Bremen, die Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, die Jacobs University Bremen und das Hanse-Wissenschaftskolleg kooperieren. Neben Prof. Dr. Bernhard Kittel von der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg sind sowohl Prof. Dr. Frank Nullmeier als auch Prof. Dr. Stefan Traub vom Zentrum für Sozialpolitik an diesem Kooperationsprojekt beteiligt, das im Kontext der NOWETAS-Förderlinie "Initial-Projekte" steht. Diese Förderlinie dient als Anschubfinanzierung zur Anbahnung gemeinsamer Verbundprojekte. Ziel des Vorhabens ist es dementsprechend, die erforderlichen vorbereitenden Arbeiten insbesondere des Aufbaus einer Forschungsk Kooperation für einen umfangreicheren DFG-Projektantrag im Bereich der experimentellen Sozialforschung durchzuführen. Mit Hilfe der bewilligten Mittel sollen zudem in einer Reihe von Laborexperimenten und qualitativen Experimenten einzelne Untersuchungsschritte auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden.

Kontakt

Bernhard Kittel
Zentrum für Methoden der Sozialwissenschaften
Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg
Telefon: 0441/798-4835
bernhard.kittel@uni-oldenburg.de

Frank Nullmeier
Telefon: 0421/218-4051
frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

Stefan Traub
Telefon: 0421/218-2765
traub@uni-bremen.de

Arzneimittel-Verbrauchsdaten im internationalen Vergleich

Internationale Vergleiche gewinnen in der Arzneimittelversorgungsforschung an Bedeutung. Unterschiede in den nationalen Gesundheitssystemen und Datenbanken schränken jedoch die Vergleichbarkeit ein. Projektziel ist die Sammlung, Aufbereitung und Fortschreibung von Informationen über nationale Arzneimitteldatenbanken und Gesundheitssysteme und die Bereitstellung dieser als aktuelle Übersicht über die internationalen Fachgesellschaften ISPE (International Society of Pharmacoepidemiology) und EuroDURG (European Drug Utilization Research Group) als Basis für die Entwicklung der internationalen Kooperation. Ein strukturierter Fragebogen wurde an Kontaktpersonen im April-Mai 2008 verschickt.

Es wurden Informationen zur Organisation der Arzneimittelversorgungsforschung, zu den verfügbaren Datenbeständen nach Sektoren und

über die Verwendung von Verschreibungs-Qualitätsindikatoren für die jeweiligen Länder erhoben. Zusätzlich wurden Arzneimittelverbrauchsdaten für systemische Antibiotika im Krankenhaus und für Clopidrogel, Statine und Protonenpumpeninhibitoren im ambulanten Bereich für die Jahre 2000 bis 2007 erfragt.

Ausgefüllte Fragebögen liegen für 24 Länder vor. In 20 Ländern sind ambulante Daten verfügbar, 13 Länder können auch die Versorgung im Krankenhaus analysieren. In vielen Ländern gibt es mehrere Datenbestände – meistens Apothekenabgabe-, Leistungs- oder Gesamtabverkaufsdaten. Das WHO/ATC-System wird in den meisten Ländern verwendet.

Die Datenverfügbarkeit unterscheidet sich in den teilnehmenden Ländern erheblich. Die Möglichkeiten für internationale Vergleiche sind da-

durch eingeschränkt und methodisch anspruchsvoll. Alle Surveyteilnehmer haben Interesse gezeigt, an internationalen Vergleichen mitzuarbeiten.

Kontakt:

Katrin Janhsen
kjanhsen@zes.uni-bremen.de

Neue Studie in der Abteilung Geschlechterpolitik

Rechtliche und institutionelle Anreize zu irregulärer Arbeit in Privathaushalten

Immer mehr Menschen benötigen Unterstützung bei der alltäglichen Arbeit in Haushalt und Familie und ‚kaufen‘ diese haushaltsnahen Dienstleistungen auf dem Markt. Angebot und Nachfrage in diesem Sektor sind auch in Deutschland in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Allerdings werden diese Dienstleistungen bisher weit überwiegend in Form irregulärer Beschäftigung oder so genannter ‚Schwarzarbeit‘ erbracht. Die Beschäftigten sind in aller Regel Frauen, unter ihnen zunehmend Migrantinnen ohne Arbeits- und/oder Aufenthaltserlaubnis. Deren Arbeits- und Lebensbedingungen sind in Folge der ‚doppelten Illegalität‘ vielfach besonders prekär.

Ein neues Projekt unter Leitung von Prof. Dr. Karin Gottschall untersucht, welche rechtlichen Regulierungen dazu beitragen, dass sowohl die als Arbeitgeber auftretende Haushalte als auch die in den Haushalten Beschäftigten diese Form der Arbeit dennoch einer regulären Beschäftigung vorziehen. Das von der Hans-Böckler Stiftung geförderte Projekt mit dem Titel „Rechtliche und institutionelle Anreize zu irregulärer Arbeit in Privathaushalten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Lösungsansätze“ wird von Manuela Schwarzkopf bearbeitet, die kürzlich erfolgreich den

Masterstudiengang Sozialpolitik mit einer bereits publizierten Masterarbeit zur Situation von alleinerziehenden Hartz IV-Empfängerinnen abgeschlossen hat (siehe unten).

Die Untersuchung zu irregulärer Arbeit in Privathaushalten will Aufschluss darüber geben, welche sozial-, steuer-, arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Regulierungen irreguläre Arbeit in Privathaushalten begünstigen und für welche Gruppen von Frauen diese Beschäftigungsform besonders attraktiv wird. Die Analyse berücksichtigt deutsche und europäische Regulierungen und bezieht Personengruppen mit und ohne legale Arbeitsmöglichkeit ein. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Interessen der arbeitgebenden Haushalte sollen Handlungsansätze skizziert werden, die geeignet erscheinen, das Interesse der Vertragsparteien an regulären Beschäftigungsverhältnissen zu erhöhen.

Eingebettet ist die Studie in ein lokales und internationales Projekt, das die Arbeitnehmerkammer Bremen in Kooperation mit weiteren PartnerInnen vor Ort durchführt. Initiiert von WIEGO (Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing, www.wiego.org) sollen in ausgesuchten Regionen Europas, unter anderem auch in Bremen, Möglich-

keiten gesucht und modellhaft erprobt werden, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der in Privathaushalten Beschäftigten zu verbessern. Die Ergebnisse der Studie werden in diesen Prozess eingespeist.

Geplant ist weiterhin im Jahr 2010 in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und Arbeitnehmerkammer Bremen sowie den übrigen KooperationspartnerInnen ein Transfer-Workshop. Hier sollen mit PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und PraktikerInnen aus dem Feld der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik konkrete Handlungsvorschläge diskutiert werden, die die Legalisierung der Beschäftigungsverhältnisse und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten zum Ziel haben.

Kontakt

Karin Gottschall
Telefon: 0421/218-4402
k.gottschall@zes.uni-bremen.de

Manuela Schwarzkopf
m.schwarzkopf@zes.uni-bremen.de

Doppelt gefordert, wenig gefördert

Forschungsarbeit von ZeS-Masterabsolventin Manuela Schwarzkopf zu alleinerziehenden Frauen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Alleinerziehende Frauen sind eine wichtige Zielgruppe in der aktuellen Arbeitsmarktpolitik – fast jede zweite von ihnen kann nicht aus eigener Kraft ihre Existenz sowie die ihrer Kinder sichern und ist auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Manuela Schwarzkopf untersucht in ihrer Arbeit, inwieweit die jüngste Arbeitsmarktreform des „Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) den gesetzlichen arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bezüglich dieser mehrfach benachteiligten Gruppe tatsächlich gerecht wird. Gefragt wird, inwieweit das Gesetz zu einer verbesserten Förderung und Arbeitsmarktintegration dieser „doppelt Geforderten“ beiträgt und wie die diesbezüglichen empirischen

Befunde gleichstellungspolitisch zu bewerten sind. Zur Beantwortung dieser Frage werden die relevanten gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen des SGB II detailliert herausgearbeitet und die arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Ziele mit aktuellen empirischen Befunden zur Förderung alleinerziehender Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen konfrontiert. Zentrales Ergebnis der Analyse ist, dass alleinerziehende Frauen deutlich seltener als Männer mit Leistungen zur Eingliederung in Arbeit ‚aktiviert‘ und gefördert werden, und dies in dieser Eindeutigkeit insbesondere für Westdeutschland zutrifft. Damit wird die gleichstellungspolitische Zielsetzung des SGB II verfehlt, wie Manuela Schwarzkopf in ihrer Masterarbeit zeigen kann, die von Dr. Sigrid Betzelt und Prof. Dr. Karin Gottschall am Zentrum für Sozialpolitik betreut wurde.

Download:
www.edition-sigma.zevep.com



Evaluation der Wirksamkeit von Laieninformationen auf die Gesundheitskompetenz von chronisch Erkrankten und ihren Angehörigen

Die Bereitstellung von Gesundheitsinformationen steigert nicht zwangsläufig die Kompetenz chronisch Erkrankter bezüglich vermehrter Gesundheitsautonomie und eigenständiger, bewusster Entscheidungsfindung. Häufig sind chronisch Erkrankte bei der Auswahl von Gesundheitsinformationen hinsichtlich der Verlässlichkeit und Qualität überfordert und treffen ihre Entscheidungen für anstehende Therapie- oder Diagnoseverfahren intuitiv nach subjektiven Kriterien.

Qualitative Methodik: Leitfadengesteuerte Interviews

Die Interviews werden mit Angehörigen von Wachkoma-Betroffenen durchgeführt. Diese werden ob der Zugehörigkeit zur Selbsthilfe und der

vollzogenen Lektüre von Gesundheitsinformationen in vier Gruppen unterteilt. Die nachfolgende Auswertung erfolgt hinsichtlich der subjektiven Zufriedenheit der Betroffenen über die erlangte Gesundheitskompetenz.

Ziel des Projektes ist es, Einflussfaktoren sichtbar zu machen, hinsichtlich der Auswahl und Lektüre von Gesundheitsinformationen von chronisch erkrankten Menschen und/oder ihren Angehörigen. Welche Konstellationen können zur Steigerung der Gesundheitskompetenz in Hinblick auf die Lektüre von Laieninformationen synergistisch wirken?

Die gewonnen Ergebnisse können Aufschluss über Kriterien zur Steigerung der Gesundheitskompetenz

geben und somit Anreize zur Verbesserung von Implementierungsmodalitäten für evidenzbasierte Gesundheitsinformationen liefern.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem Bundesverband Schädelhirn-Patienten in Not e.V. durchgeführt.

Kontakt

Kirsten Schubert
Telefon: 0421/218-4371
kschubert@zes.uni-bremen.de

Arbeitsschutz und ökonomische Rationalität Ansätze und Grenzen einer „Verbetrieblichung“ von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit

Das Dissertationsvorhaben von Joachim Larisch wurde im Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) der Universität Bremen begonnen. Die Dissertation wurde im Sommer 2008 im Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften der Universität Bremen eingereicht.

Zielsetzung

Nach den EU-Regelungen ist der Arbeitsschutz auf allen Unternehmensebenen zu integrieren, aber die organisatorische Umsetzung bleibt dem Arbeitgeber überlassen. Die Dissertation untersucht, in welchem Maße dieser rechtliche Ansatz mit der ökonomischen Rationalität vereinbar ist, welche das betriebliche Handeln bestimmt, wobei eine Konzentration

auf Qualitäts- und Umweltmanagementsysteme und ihre Beziehung zum Arbeitsschutz erfolgt. Darüber hinaus wird der Einfluss der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) durch die Krankenkassen auf den betrieblichen Arbeitsschutz untersucht wie auch der Einfluss staatlicher Regulierung auf betriebliche Arbeitsschutzmaßnahmen. Die betriebliche ökonomische Rationalität und ihre mögliche Erweiterung um anthropologische und umweltschutzbezogene Fragen werden unter Nutzung der Theorie des sozialen Kapitals und der Feldtheorie untersucht. Ferner werden Strategien des Arbeitsschutzes auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten und ihr Bezug zu strukturellen Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen untersucht.

Kontakt

Joachim Larisch
Telefon: 0421-218-5054
jlarisch@zes.uni-bremen.de

weitere Projekte unter www.zes.uni-bremen.de/ccm/navigation/projekte

Neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Der Arbeitswissenschaftler *Tobias Bernhardt* wird bis Juli 2012 im Projekt Lernbau arbeiten und sich unter der Leitung von Wolfgang Ritter mit mehr Sicherheit und Gesundheit in der lokalen Bauwirtschaft befassen.

Agnes Derda absolviert seit September ein mehrmonatiges Praktikum im RAI-Pflege-Projekt. Dort werden Qualitätssicherungsmaßnahmen zur Verbesserung der Effektivität und Effizienz der ambulanten häuslichen Pflege getestet und bewertet. Sie löst *Regine Schäffer* ab, die von April bis August das RAI-Team als Praktikantin unterstützte.

Matthias Dietz, B.A., wird bis Mitte April 2010 mit der Durchführung von Forschungsstandanalysen für die Projektarbeit der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ beauftragt.

Dipl.-Politologe Stefan Johnke wird bis März 2011 an dem von der Thyssen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekt "Creating conditions" arbeiten. Unter der Leitung von Stephan Leibfried und Elmar Rieger werden in historischer Perspektive soziale, aus der Innenpolitik und dem

Verfassungsrecht erklärbare Gründe der 'democracy promotion' in der Außenpolitik der Vereinigten von Amerika untersucht.

Henning Schmidtke, M.A., auch Mitarbeiter im Projekt „Der Steuerstaat und die internationale Steuerpolitik am Bremer Sonderforschungsbe- reich 597, wird von Mitte Oktober bis zum Jahresende am ZeS unter der Leitung von Frank Nullmeier zum Thema Legitimationsforschung arbeiten.

Erika Steiner ist seit Juni 2009 im Ruhestand. Frau Steiner war seit 1991 als Fremdsprachenassistentin im Sekretariat der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates" tätig und hat dabei alle bisherigen Abteilungsleiter von Claus Offe über Manfred G. Schmidt zu Frank Nullmeier begleitet. Wir danken für die lang- jährig geleistete Arbeit.

In der Abteilung „Gesundheits- ökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“ unterstützt die *Apothekerin Stanislava Dicheva* seit August 2009 in der Arbeitsgruppe "Versorgungsforschung im Bereich Arzneimittel" das Team der BKK-Arz- neimittelberatung. *Kathrin Kaboth,*

B.A., ist hier ebenfalls seit Oktober als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

Für das WS 2009/10 übernimmt die Hans Böckler Stiftung die Finanzierung eines Forschungsfreie- mesters für Karin Gottschall. Die Vertretung ihrer Professur übernimmt *Dr. Nicole Mayer-Ahuja*, wissenschaft- liche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen. Frau Mayer-Ahuja wird bis April des kommenden Jahres an der Universität Bremen beschäftigt sein.

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik neu besetzt

Prof. Dr. Stefan Traub, seit Ok- tober 2006 Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Uni Bremen, hat zu Anfang Oktober 2009 eine der beiden Abteilungsleiterstellen der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS übernommen. Sei- ne Forschungsschwerpunkte liegen in der Verteilungsforschung und der Experimentalökonomik. Seit Januar 2008 leitet er gemeinsam mit Her- bert Obinger das Teilprojekt C7 „Der Rückzug des Staates aus unterneh- merischen Tätigkeiten: Privatisierung und Subventionsabbau in der OECD- Welt, 1980-2010“ des Sonderfor- schungsbereichs 597 „Staatlichkeit im Wandel“. Zudem hat Stefan Traub mit dem Aufbau eines sozialpolitischen Mikrosimulationsmodells für das ZeS begonnen.

Dorit Lafferenz kommt ebenfalls vom Fachbereich Wirtschaftswissen- schaft und hat dort am Lehrstuhl von Professor Traub sowie für das Institut für Volkswirtschaftslehre gearbeitet. Sie ist mit Stefan Traub im Oktober ans ZeS gewechselt und betreut das Sekretariat.

Dipl.-Volkswirtin Katharina Schreeb ist seit Januar 2008 wis- senschaftliche Mitarbeiterin bei Ste- fan Traub und Herbert Obinger am Teilprojekt C 7 „Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tä- tigkeiten: Privatisierungspolitik und Subventionsabbau in der OECD-Welt, 1980-2010“, das am Sfb 597 der Uni Bremen angesiedelt ist. Dort und am ZeS beschäftigt sie sich mit der Struk- tur und den Antriebskräften des Sub- ventionsabbaus innerhalb der EU und der OECD.

Auch *Dipl.-Volkswirt Fabian Paet- zel* ist mit dem Lehrstuhl von Stefan Traub ans ZeS gewechselt. Herr Paet- zel untersucht modelltheoretisch und experimentell den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirt- schaftswachstum unter besonderer Berücksichtigung von sozialen Präfe- renzen.

Dipl.-Oec. Elena Ramirez Barrios arbeitet seit Januar 2008 als externe Doktorandin und Promotionsstipen- diatin am Lehrstuhl für Finanzwis- senschaft der Universität Bremen. Zusammen mit dem Team von Profes- sor Traub ist sie im Oktober ans ZeS gewechselt. Elena Ramirez erforscht den Einfluss von Informationen und Informationsaustausch auf die For- mation individueller und kollektiver Präferenzen.



Dr. Christian Peters arbeitet seit Mitte Oktober als Forschungs-koordinator am Zentrum für Sozialpolitik und übernimmt als solcher einen Teil des

Aufgabengebietes von Gisela Hege-mann-Mahlitz, die Anfang September ihren aktiven Dienst als Geschäftsführerin beendete. Der Politikwissenschaftler war zuvor bei der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius in Hamburg zuerst als Volontär, danach als wissenschaftlicher Referent in den Bereichen Governance und Wissenschaft/Forschung beschäftigt. Zu den Aufgaben, die er dort betreute, gehörten u.a die Durchführung und Organisation der Bucerius Summer School on Global Governance, die Alumniarbeit sowie Beratungs- und Begutachtungstätigkeiten im Förderbereich der Stiftung. Seine Universitätsausbildung führte Christian Peters über mehrere Stationen nach Dresden und Paris, wo er im Januar 2008 an einem deutsch-französischen Gra-duiertenkolleg zu einem Thema der vergleichenden Politischen Kulturfor-schung promoviert wurde.

Wechsel

Stefan Köppe hat zum Anfang Okto-ber 2009 seinen Arbeitsvertrag aufge-löst und hat an der Universität Edin-burg, School of Social and Political Science, eine Stelle als wissenschaft-licher Mitarbeiter angetreten.

Barbara Einig, Sekretariat von Gerd Glaeske, hat das ZeS Ende Mai auf eigenem Wunsch verlassen. Sie ist in die Universität Bremen, Sachge-biet 07/Arbeitsicherheit gewechselt.

Der Vertrag von *Katrin Janhsen*, Projekt „GEK-Arzneimittelreport“ ist ausgelaufen. Frau Janhsen hat eine Vertretungsprofessur an der Universi-tät Osnabrück, Bereich Pharmakolo-gie und Toxikologie, angenommen.

Annette Henninger, langjährige Mitarbeiterin der Abteilung „Ge-schlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat“ am ZeS, hat zum Oktober 2009 eine Professur für Politik und Geschlech-terverhältnisse mit dem Schwerpunkt Sozial- und Arbeitspolitik am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg angenommen.

Der Vertrag von *Dr. Angelika Oel-schläger*, Mitarbeiterin im Projekt "So-zialversicherungsbeiträge von Neu-gründern", endete Ende April 2009.

Auszeichnungen

Der Sektionsvorstand der Sektion Rechtssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vergibt den Nachwuchspreis an *Jan-Ocko Heuer* für seine Diplomarbeit zum Thema „Anwaltliche Schuldner- und Insolvenzberatung. Eine explorative Studie zur Rechtswirklichkeit anwalt-licher Insolvenzberatung im Rahmen des §305 InsO“. Die Arbeit wurde von Karin Gottschall und Sigrid Betzelt betreut und bereits im vergangenen Jahr mit dem Forschungspreis der Josef-Popper-Nährpflicht-Stiftung ausgezeichnet.

Heinz Rothgang in Wissenschaftlichen Beirat des WIdO berufen

Der Institutsvorstand des Wissen-schaftlichen Instituts der AOK (WIdO) hat Heinz Rothgang in den Wissen-schaftlichen Beirat des Instituts beru-fen.

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) wurde im Jahre 1976 gegründet. Die durchgeführten For-schungs- und Entwicklungsarbeiten sollen insbesondere die AOK-Ge-meinschaft bei der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen Gesundheitsversor-gung unterstützen. Gegenstand der Forschung im WIdO sind Grundlagen, Probleme und die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der mit ihr zusammenhängenden Gebiete.

Der Wissenschaftliche Beirat des WIdO hat die Aufgabe, Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis in die Arbeit des Instituts einzubringen und die Zusammenarbeit mit anderen Ein-richtungen der Forschung und Lehre zu fördern. Zu Mitgliedern des Beirats werden Personen des wissenschaft-lichen, politischen oder wirtschaft-lichen Lebens berufen, die sich um den Bereich der Gesundheits- und So-zialpolitik, der Ökonomie oder Medizin verdient gemacht haben.

Kontakt

Heinz Rothgang
Telefon: 0421/218-4132
rothgang@zes.uni-bremen.de

weitere Informationen zu den Abteilungen und Mitgliedern des ZeS unter:
www.zes.uni-bremen.de/ccm/navigation/abteilungen/

Gesundheitspolitisches Kolloquium Wintersemester 2009/10



Für eine stabile Finanzierung der GKV in der Zukunft – mögliche Konzepte, notwendige Veränderungen?

Die Finanzierung des Gesundheitssystems ist von größter aktueller gesundheitspolitischer Bedeutung. Dies zeigt sich international beim Versuch des US-Präsidenten Obama, die Zahl der Unversicherten zu reduzieren und national im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, in dem langfristig eine Systemreform angekündigt wird, in deren Rahmen der morbiditätsorientierte RSA reduziert, der Arbeitgeberbeitrag eingefroren und der Einkommensbezug der Arbeitnehmerbeiträge abgeschafft werden sollen. Damit ist nicht nur die Frage nach der Mittelbeschaffung und paritätischer Finanzierung, sondern auch der Verteilung der Beiträge auf die Krankenkassen und letztlich auch der Vergütung angesprochen. Die Finanzierung der GKV wird damit ein zentrales politisches Thema der kommenden Legislaturperiode sein. Allerdings sind die geplanten Veränderungen im Koalitionsvertrag nur in Konturen deutlich – über Details soll eine Regierungskommission entscheiden. Spannende Debatten sind uns in den nächsten Jahren damit gewiss.

Über die aktuellen Vorschläge zur Finanzierung des Gesundheitswesens wollen wir im Rahmen des Gesundheitspolitischen Kolloquiums diskutieren und hoffen auf Ihr Interesse.

Es nehmen Stellung:

- 16.12.09 Prof. Dr. Wolfgang Greiner
Inhaber des Lehrstuhls für Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement der Universität Bielefeld
Nachhaltigkeit solidarischer Finanzierung angesichts des demographischen Umbruchs
- 06.01.10 Prof. Dr. Gerd Glaeske
Co-Leiter der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung des Zentrums für Sozialpolitik, Universität Bremen
Finanzierung von Versorgung und Prävention unter Bedingungen von Gesundheitsfonds und Morbi-RSA
- 27.01.10 Dr. Dirk Göppfarth
Leiter des Referates V2 Risikostrukturausgleich, Finanzausgleich KVdR beim Bundesversicherungsamt
Erste Erkenntnisse der Finanzierung über den Fonds mittels Morbi-RSA
- 03.02.10 Prof. Dr. Herbert Rebscher
Vorstandsvorsitzender der DAK
Die sektorale Finanzierung der GKV nach den Wahlen – haben wir die richtigen Instrumente?

Moderation der Veranstaltungen:

Prof. Dr. Heinz Rothgang, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen,

jeweils mittwochs 20.00 Uhr

Veranstaltungsort: Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Parkallee 39, 28209 Bremen, Raum 3260 (2. Etage)

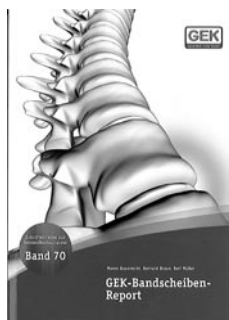
Neu erschienen:

GAZESse 2009/02

– die elektronische Gazette der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung mit Hinweisen und Berichten über aktuelle Forschungsergebnisse, Veröffentlichungen und Präsentationen aus laufenden Projekten, Hinweise auf neue Projekte und Ankündigungen von Veranstaltungen.

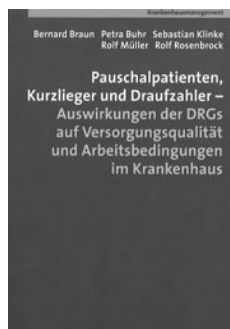
Kontakt: Rolf Müller • Telefon: 0421/218-4360 • gazesse@zes.uni-bremen.de

Neuerscheinungen



Bauknecht, Maren; Braun, Bernard; Müller Rolf, 2009: *GEK-Bandscheiben-Report. Versorgungsforschung mit GEK-Routinedaten.* Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 70. St. Augustin: Asgard (siehe Bericht Seite 12-13).

Betzelt, Sigrid; Lange, Joachim; Rust, Ursula (Hg.), 2009: *Wer wird aktiviert und warum (nicht)? Erste Erkenntnisse zur Realisierung der gleichstellungspolitischen Ziele des SGB II.* Loccumer Protokolle 79/08, Rehburg-Loccum.



Braun, Bernard; Buhr, Petra; Klinka Sebastian; Müller, Rolf; Rosenbrock, Rolf, 2010: *Pauschalpatienten, Kurzlieger und Draufzähler – Auswirkungen der DRGs auf*

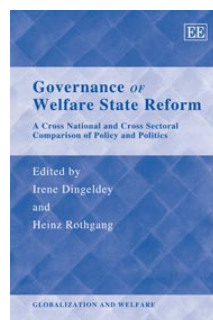
Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus. Bern: Huber Verlag.

Die Umstellung der Krankenhausvergütung auf Fallpauschalen war von großen Hoffnungen und großen Ängsten begleitet. Was davon ist eingetroffen?

Seit Anfang 2003 wird fast die gesamte stationäre Versorgung in deutschen Krankenhäusern nach DRGs (Diagnosis-related Groups) abgerechnet. Mit der neuen Vergütungsform waren Hoffnungen auf einen zügigeren und qualitativ optimierten Behandlungsverlauf bei gleichzeitigen Ausgabensenkungen verbunden. Kritiker der Umstellung befürchteten Nachteile für Patienten durch die Verkürzung der Verweildauern (bis hin zur «blutigen Entlassung») und für Beschäftigte, etwa eine weitere Verdichtung der Arbeit.

Ob diese Erwartungen eintrafen, beantwortet eine bisher einzigartige integrative Analyse, für die zwischen 2002 und 2008 tausende Krankenhaus-Patienten, Ärzte und Pflegekräfte mehrmals schriftlich mit fast identischen Fragen über ihre Wahrnehmung der Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen befragt wurden. Hinzu kommen Ergebnisse von qualitativen Fallstudien in vier Krankenhäusern. Ein Überblick über wesentliche Ergebnisse der nationalen und internationalen DRG-Folgenforschung rundet das Bild ab.

Die Untersuchung führt unter anderem zu dem Ergebnis, dass viele der Befürchtungen noch nicht eingetroffen sind bzw. von den Betroffenen nicht wahrgenommen wurden. Trotzdem verschlechterte sich z.B. die Versorgung von Patienten mit mehreren Behandlungsanlässen, und es verschärfte sich drastisch die «moralische Dissonanz» zwischen ethischen und professionellen Ansprüchen von Ärzten und Pflegekräften und ihrem Berufsalltag. Obwohl die Liegezeiten kontinuierlich weiter abnahmen, verbesserte sich die Aufnahme- und Entlassungsphase der Patienten nicht, was einer Verschlechterung gleichkommt.



Dingeldey, Irene; Rothgang, Heinz (Hg.), 2009: *Governance of Welfare State Reform.* Northampton: Edward Elgar Publishing.

Governance ist eines der Leitthemen in den Sozialwissenschaften. Mit der Finanzkrise und ihren Folgen ist es aktueller denn je, da die Frage nach den Verantwortlichkeiten des Staates neu gestellt wird. Bislang fand das Konzept erfolgreiche Anwendungen in vielen Forschungsfeldern. Allein dem Themengebiet Sozialpolitik oder Wohlfahrtsstaatsreform wurde bislang wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht. Vorliegender Band schließt diese Lücke. Er nutzt den Governance-Begriff, um Sozialstaatsreformen in den Bereichen Gesundheit, Altersversorgung, Arbeitsmarkt und Bildungspolitik zu analysieren.

Die Autoren vergleichen dabei sowohl differierende Reformprozesse als auch die Inhalte der Reformpolitik in unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimen. Diesem Vorgehen liegen zwei Fragen zugrunde: Wie verändern sich die Verantwortlichkeiten des Wohlfahrtsstaates, seine Interventionsformen und Interaktionen mit anderen Akteuren? Und haben die jeweiligen Veränderungen in den regulativen Strukturen eine Annäherung oder eine zunehmenden Ausdifferenzierung von Sozialstaatstypen zur Folge?



Dräther, Hendrik; Rothgang, Heinz (Hg.), 2009: *Fokus Pflegeversicherung – Nach der Reform ist vor der Reform.* WIdO-Reihe. Berlin: KomPart.

Eine nachhaltig wirksame Reform der Sozialen Pflegeversicherung sollte es werden, doch als das „Gesetz zur strukturellen

Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz)“ der Großen Koalition zum 1. Juli 2008 in Kraft trat, war allen Beteiligten längst klar: Die nächste Pflegereform wird nicht lange auf sich warten lassen. Und zwar schon deshalb, weil notwendige Reformen der Finanzierungsstrukturen überhaupt nicht angegangen wurden. In „Fokus Pflegeversicherung. Nach der Reform ist vor der Reform“ setzen sich Autoren aus Wissenschaft und Praxis in zwölf Beiträgen mit wichtigen Dimensionen der Pflegeversorgung und ihrer Finanzierung in Gegenwart und Zukunft auseinander.



Glaeske, Gerd; Schick Tanz, Christel; Janhsen, Katrin, 2009: *GEK-Arzneimittelreport 2009. Auswertungsergebnisse der GEK-Arzneimitteldaten aus den Jahren 2007 bis 2008.* Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 68. St. Augustin: Asgard.

Gerd Glaeske, Christel Schick Tanz und Katrin Janhsen haben die Auswertungsergebnisse der GEK-Arzneimitteldaten aus den Jahren 2007 bis 2008 herausgegeben. Bereits zum 9. Mal erscheinen die aktuellen Ausgabentrends und Daten zur Versorgungsqualität im Arzneimittelsektor.



Hien, Wolfgang, 2009: *Pflegen bis 67? Die gesundheitliche Situation älterer Pflegekräfte.* Frankfurt a. M.: Mabuse.

In welcher Situation befinden

sich ältere Pflegekräfte ab 50 Jahren? Warum verlassen so viele von ihnen aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig den Beruf? Was könnte getan werden, um dagegen zu steuern? Wissenschaftlich belegt und anhand von vielen Interviews zeigt der Autor, welche Rolle strukturelle – politisch hergestellte und betriebliche – Arbeitsbedingungen und persönliche Haltungen spielen. Er zeigt, was sich ändern muss: die besonderen Problemlagen und Potenziale der älteren Pflegekräfte wahrzunehmen und bei der Arbeitsgestaltung zu beachten, ihr Erfahrungswissen aufzuwerten sowie angemessene Angebote für Konfliktbewältigung und Stressmanagement zu machen.

VERÖFFENTLICHUNGEN



Kohlrausch, Bettina, 2009: *A Ticket to Work? Policies for the Young Unemployed in Britain and Germany*. Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Bd. 18. Frankfurt/New York: Campus.



Larisch, Joachim, 2009: *Arbeitsschutz und ökonomische Rationalität. Ansätze und Grenzen einer „Verbetrieblichung“ von Sicherheit und Gesundheitsschutz*. Berlin: edition sigma.

Infolge eines Arbeitsunfalls wechseln etwa 350.000 Beschäftigte in der EU jährlich die Tätigkeit, 300.000 bleiben lediglich eingeschränkt arbeitsfähig und 15.000 werden dauerhaft arbeitsunfähig. Seit 1987 versucht die EU, durch eine verstärkte Betriebsorientierung einheitliche Mindeststandards des Arbeitsschutzes zu erreichen. Damit wird einerseits auf die erheblich veränderten Belastungen und Beanspruchungen der Beschäftigten reagiert, andererseits aber unterstellt, dass der Arbeitsschutz sich weitgehend bruchlos in die betriebswirtschaftliche Rationalität integriert.

Der Autor befragt in diesem Buch ökonomische Arbeitsschutz-Ansätze darauf, ob eine solche Integration im Sinne einer betrieblichen Endogenisierung möglich ist oder ob nicht lediglich ein »Einfallstor« für eine neo-liberale Deregulierung geschaffen wird. Ferner werden Ansätze der Theorie des Sozialkapitals mit Bezug zu Public Health untersucht.

Larisch stellt fest, dass der EU-Arbeitsschutzansatz betrieblich ebenso wenig tragfähig ist wie der strukturell identische Ansatz des betrieblichen Umweltschutzes. Für den Arbeitsschutz als Bestandteil des Public Health ist daher eine gesundheitliche Theorie der Unternehmung erst noch zu entwickeln.



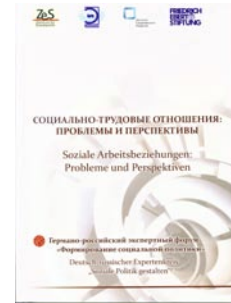
Rothgang, Heinz; Kulik, David; Müller, Rolf; Unger, Rainer, 2009: *GEK-Pflegereport 2009. Regionale Unterschiede in der pflegerischen Versorgung*. Schriftenreihe

zur Gesundheitsanalyse, Bd. 73. St. Augustin: Asgard.

Die Deutschen leben nicht nur länger, sie altern auch gesünder. Laut GEK-Pflegereport 2009 steigt die Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt weiter an. Gleichzeitig ist aber das altersspezifische Risiko, pflegebedürftig zu werden, zwischen 2000 und 2008 gesunken. Das erhöhte Ausmaß an Pflegebedürftigkeit ist damit auf die demo-

grafische Entwicklung zurückzuführen. Die Studie deckt außerdem regionale Besonderheiten in der Pflegeversorgung auf, u.a. Unterschiede bei der Entgeltstruktur, was angesichts bundesweit einheitlicher Pflegeleistungen Fragen aufwirft.

Schwarzkopf, Manuela, 2009: *Doppelt gefordert, wenig gefördert. Allein-erziehende Frauen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende*. Berlin: edition sigma. (siehe Seite 21).



Zentrum für Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009: *Soziale Arbeitsbeziehungen: Probleme und Perspektiven: Materialien des ersten Deutsch-russischen*

Expertenkreises "Soziale Politik gestalten". Moskau (siehe Bericht Seite 17).

Zeitschrift für Sozialreform • Journal of Social Policy Research

Heft 2/2009

mit Beiträgen von:

Lutz Leisering, Ines Vitic; Andreas J. Obermaier; Ralf Götze, Mirella Cacace und Heinz Rothgang; Uwe Schwarze

Heft 3/2009

Schwerpunkt: Public Private Partnerships in der Sozialpolitik

mit Beiträgen von:

Detlef Sack; Matthias Freise; Annette Zimmer; Taco Brandsen, Sarabajaya Kumar; Christine Trampusch

Kontakt

Tanja Klenk
Telefon: 0421/218-4370
tklenk@zes.uni-bremen.de

Die ZSR wird vom Verlag Lucius & Lucius verlegt. Redaktioneller Sitz ist am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.



Zentrum für
Sozialpolitik

Arbeitspapiere des Zentrums für Sozialpolitik 2009

Nr. 1/2009	Dingeldey, Irene	Activating Labour Market Policies and the Restructuring of ‚Welfare‘ and ‚State‘. A Comparative View on Changing Forms of Governance
Nr. 2/2009	Oelschläger, Angelika	Vom „Pensions-Sondervermögen“ zur Riester-Rente – Einleitung des Paradigmenwechsels in der Alterssicherung unter der Regierung Kohl?
Nr. 3/2009	Knigge, Arnold	The Voluntary Welfare Associations in Germany – An Overview –
Nr. 4/2009	Härpfer, Marco; Cacace, Mirella; Rothgang, Heinz	And Fairness for all? Wie gerecht ist die Finanzierung im deutschen Gesundheitssystem? Eine Berechnung des Kakwani-Index auf Basis der EVS

Die Arbeitspapiere sind in der Geschäftsstelle
des ZeS erhältlich oder
über die Internetseiten des ZeS abrufbar.

Zentrum für Sozialpolitik,
Geschäftsstelle, Barkhof, Parkallee 39, 28209 Bremen
Telefon: 0421/218-4362, eMail: srose@zes.uni-bremen.de
www.zes.uni-bremen.de